



Länderbericht Österreich

Die sozialen Folgen der Krise für Arbeitssuchende 45+

Elisabeth Buchner, Ortrud Leßmann



Das Projekt wird durch das Horizon 2020 Forschungs- und Innovationsprogramm der Europäischen Union im Rahmen der Fördervereinbarung Nr. 649447 finanziert.



Der vorliegende Bericht ist das Arbeitsergebnis D3.1 für das Arbeitspaket 3 im Rahmen des Projekts RE-InVEST.

April 2016

© 2016 – RE-InVEST, Rebuilding an Inclusive, Value-based Europe of Solidarity and Trust through Social Investments – project number 649447

Ansprechpartner für RE-InVEST: info@re-invest.eu

p.a. RE-InVEST
HIVA - Research Institute for Work and Society
Parkstraat 47 box 5300, 3000 LEUVEN, Belgium

Für mehr Information: olesmann@ifz-salzburg.at

Bitte zitieren als:

Buchner, Elisabeth und Ortrud Leßmann. 2016. „Länderbericht Österreich. Die sozialen Folgen der Krise für Arbeitssuchende 45+“. RE-InVEST papers, Salzburg.

Die Inhalte dürfen zitiert werden, wenn die Quelle vollständig und deutlich angegeben wird.

Diese Publikation ist in englischer Sprache verfügbar unter: <http://www.re-invest.eu/>

Die Publikation ist Teil des Projekts RE-InVEST, das Projekt wird durch das Horizon 2020 Forschungs- und Innovationsprogramm der Europäischen Union im Rahmen der Fördervereinbarung Nr. 649447 finanziert.

Die in diesem Dokument dargelegten Informationen und Sichtweisen sind jene der Autorinnen und spiegeln nicht notwendigerweise die offizielle Position der Europäischen Union wider. Weder die Organe und Einrichtungen der Europäischen Union noch eine Person, die in deren Namen handelt, tragen für die Verwendung der darin enthaltenen Informationen Verantwortung.

Kurzfassung

Der vorliegende Bericht beschreibt die Auswirkungen der Finanzkrise 2008 auf ältere Arbeitssuchende in Salzburg, Österreich. Er ist der österreichische Beitrag zum europäischen Projekt RE-InVEST, das in 12 europäischen Ländern untersucht, inwiefern es der Europäischen Kommission durch das Paket für Sozialinvestitionen von 2013 gelungen ist, die sozialen Folgen der Krise abzumildern. RE-InVEST richtet den Blick dabei auf die Auswirkungen der Krise auf die Menschenrechte, Handlungsmöglichkeiten und Fähigkeiten von besonders betroffenen Personengruppen. Insbesondere fragt RE-InVEST inwiefern das Vertrauen in politische Institutionen gelitten hat und ob tatsächlich „in Menschen investiert“ wurde, wie das Paket für Sozialinvestitionen verspricht.

Nun ist Österreich im Vergleich zu anderen Staaten der EU gut durch die Krise gekommen. Vor allem die Banken und die Exportwirtschaft waren betroffen. Die „Bankenrettung“ durch den Staat fing den Effekt für erstere ab, letztere konnte sich schnell wieder erholen. Die Arbeitslosigkeit stieg zunächst nur moderat, jedoch seit 2013 kontinuierlich. Besonders betroffen ist dabei die Gruppe der älteren Arbeitslosen (45 Jahre und älter), denn zum demographischen Effekt der alternden Gesellschaft kommt der Effekt der politischen Reformen zur Hebung des Pensionseintrittsalters. Zudem ist zu beobachten, dass diejenigen, die im fortgeschrittenen Alter ihre Stelle verlieren, länger arbeitssuchend bleiben als der Durchschnitt der Arbeitslosen. Aus diesen Gründen wurde diese Gruppe als in Österreich besonders von den Folgen der Krise betroffen identifiziert.

Für diese Untersuchung hat RE-InVEST eine Methode entwickelt, die Prinzipien der partizipativen Aktionsforschung mit einem Fokus auf Menschenrechte, Fähigkeiten und Handlungsmöglichkeiten der Menschen verbindet. Die Ergebnisse beanspruchen daher keine Repräsentativität, sind aber in ihrer Tiefe besser als quantitative Erhebungen per Fragebogen geeignet, die ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Folgen der Krise im Erleben betroffener Personen nachzuzeichnen und diese Personen selbst zu Wort kommen zu lassen.

Die Biografien von K. und L. zeigen zunächst, wie sich die Krise in einzelnen Lebensläufen bemerkbar gemacht hat. Da bei K. Privat- und Berufsleben eng miteinander verknüpft waren, verliert sie durch die ökonomischen Folgen der Krise auf die Beratungsfirma ihres Mannes nicht nur ihre Stelle, sondern viel mehr: *„Bei uns ist praktisch wirklich alles auseinander gefallen. Die Firma weg, das Haus weg, die Existenz weg, der Sohn hat mit der Schule aufgehört und ich habe bei null wieder angefangen.“* Die Geschichte von L. zeigt hingegen, wie die Krise einen bereits länger andauernden Prozess verstärkt hat, in dessen Verlauf der Leistungsdruck in der Firma immer größer wurde, was schließlich zu einem Burnout bei ihr geführt hat. *„... letztlich bin ich jetzt gut da ausgestiegen. Ich hätte es so oder so tun müssen, da einmal rauszugehen, weil irgendwann hätte es mich wirklich in den Wahnsinn getrieben.“*

Während die Biografien die Wirkungen im Zeitverlauf verankern, ordnet die daran anschließende Analyse, basierend auf den Erfahrungen aller Gruppenmitglieder, die Beiträge thematisch. Die Finanzkrise von 2008 wurde von den Teilnehmenden als Teil eines schleichenden Prozesses erlebt, der beispielsweise bei denjenigen, die bei Leiharbeitsfirmen angeheuert hatten, die Situation verschärft hat. Einerseits erwuchs ihnen daraus keine dauerhafte Beschäftigung und andererseits wurde die Entlohnung verringert. Die einschneidendste Änderung für die Betroffenen war die Arbeitslosigkeit und die Erlebnisse bei der daraus folgenden Arbeitssuche. Von „Investitionen in den Menschen“ und Rechtssicherheit haben sie wenig gespürt: Sie berichten von äußerst unterschiedlichen Erfahrungen beim Arbeitsmarktservice (AMS) was Auskünfte zu Programmen und Fördermöglichkeiten anbelangt, von wenig Mitspracherechten bei der Vereinbarung der Betreuungspläne, der Auswahl von Fördermaßnahmen oder den Umfang der

zukünftigen Beschäftigung betreffend. Viele Regelungen verhindern die Eigeninitiative und Weiterbildung bspw. jene, dass Arbeitssuchende sich ab- und wieder anmelden müssen, wenn sie – auch nur für einen Tag – ins Ausland reisen. Neben diesem „*Leben im Standby-Modus*“ erleben die Betroffenen insbesondere die Auswirkungen auf die sozialen Kontakte und die gesellschaftliche Anerkennung als belastend: Teils verändern sich die Freundeskreise umfassend, die familiären Beziehungen werden auf eine Probe gestellt, doch besonders frustriert berichten die Teilnehmenden, dass die erste Frage nicht ihrem Befinden gilt, sondern dem, was sie beruflich machen. Der Anerkennungsverlust ist enorm und spiegelt sich auch in den abwertenden Äußerungen von Politikern über Arbeitssuchende wider. Dabei sind die Teilnehmenden weder arbeitsunwillig noch schlecht qualifiziert. Sie sind einfach nicht mehr die Jüngsten und werden von den Unternehmen offenbar schon dem Ruhestand zugeordnet, auch wenn politisch eine Erhöhung des Pensionsantrittsalters angestrebt wird.

Unterstützung haben die Betroffenen von Seiten ihrer Familien erfahren, aber auch von Ärztinnen und Ärzten sowie durch Psychotherapie. Es ging bei letzterer nicht nur um gesundheitliche Versorgung und psychologische Betreuung, sondern auch darum, ihnen Zeit für die Bewältigung der gesundheitlichen und psychischen Folgen der hohen Arbeitsbelastung und des Eintritts in die Arbeitslosigkeit zu verschaffen, bevor sie sich für die Arbeitssuche in die Betreuung durch das AMS begeben haben. Schließlich erleben die Betroffenen alle Formen der sozialen Kontakte, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen und Zugehörigkeit anzeigen, als hilfreich.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass die Finanzkrise von 2008 in Österreich zwar nicht als markanter Wendepunkt erlebt wurde, aber durchaus Folgen hatte: Die Arbeitslosigkeit ist mit zeitlicher Verzögerung gestiegen, insbesondere unter älteren Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen. Die Sparpolitik wurde fortgesetzt und hat das Vertrauen in die Politik nachhaltig geschwächt. Von der Grundidee des Pakets für Sozialinvestitionen, „in Menschen zu investieren“, ist bei älteren Arbeitssuchenden in Salzburg wenig angekommen, ganz im Gegenteil werden sie teils davon abgehalten, sich weiterzubilden und neu zu orientieren. Die Rechtssicherheit wird insofern unterlaufen, als dass es keinen leicht erkennbaren Standard in der Beratung durch das AMS gibt und keine zentrale Anlaufstelle, wenn zur Arbeitssuche noch weitere Probleme kommen wie Mindestsicherungsbezug, gesundheitliche Probleme und Unterhaltsforderungen. Die Teilnehmenden haben außerdem eine Zunahme von Konkurrenzdenken und die Entstehung einer „Kultur des Misstrauens“ festgestellt. Sie sind beunruhigt über die zunehmende Ungleichheit und Sichtbarkeit von Armut. Sie fragen aber auch, ob die Krise nicht als Chance zu sehen ist, die Probleme endlich anzugehen.

Vorwort

Das Forschungskonsortium RE-InVEST verfolgt einen partizipativen Ansatz, der sowohl die Sichtweise von Betroffenen aufgreift, als auch gesellschaftlichen und politischen Wandel anstoßen möchte. Diese Forschungsmethodik ist in mehrerer Hinsicht herausfordernd. Am wichtigsten ist sicherlich die vertrauensvolle Beziehung auf Augenhöhe zwischen den Forschenden und den Betroffenen in ihrer Rolle als Ko-Forschende. Diese umfasste nicht nur das Teilen der eigenen Erfahrungen im Rahmen mehrerer Workshops, sondern auch die gemeinsame Analyse und Reflexion der Ergebnisse. Wir danken den Teilnehmenden der Forschungsgruppe herzlich für ihre Bereitschaft, diesen herausfordernden und arbeitsintensiven Prozess mit uns zu bewältigen.

Unser Dank gilt auch allen Unterstützerinnen und Unterstützern, die das Projekt möglich gemacht haben: Das „Bündnis Arbeit für Best Ager“ ist uns als Projektpartner in allen Projektphasen zur Seite gestanden, außerdem haben „Frau & Arbeit“, „Kirche und Arbeitswelt“ sowie die Bewohnerservicestellen der Stadt Salzburg uns bei der Suche nach Teilnehmenden und teilweise als Mitglieder der Steuerungsgruppe unterstützt. Der Austausch mit unseren Kolleginnen und Kollegen von RE-InVEST hat entscheidend zur Entwicklung der methodischen Vorgehensweise beitragen. Schließlich möchten wir der Europäischen Kommission für die finanzielle Unterstützung des Projekts danken.

Inhalt

Kurzfassung	3
Vorwort	5
Inhalt 6	
Abbildungsverzeichnis	7
Einleitung	8
1. Nationaler Kontext	11
2.1 Österreich und die Krise	11
1.1.1 Hintergrund	11
1.1.2 Die Krise in Österreich: Auswirkungen und politische Reaktionen	12
2.2 Salzburg und die Krise	16
2.3 Ältere Arbeitssuchende besonders betroffen	17
2. Theoretischer Rahmen und Methoden	19
3. Zwei ausgewählte Biografien	23
3.1 Biografie K.	23
3.2 Biografie L.	26
4. Analyse	31
4.1 Welche Krise?	31
4.2 Auf Arbeitssuche	33
4.3 Weitere Auswirkungen von Krise und Arbeitssuche	37
4.3.1 Auswirkungen auf die sozialen Kontakte	37
4.3.2 Gesellschaftliche Auswirkungen	38
4.3.3 Auswirkungen auf die Wahrnehmung von Politik	39
4.3.4 Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung	41
4.4 Woher kommt Unterstützung und Hilfe?	41
5. Schlussfolgerungen	42
Literatur	49

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2.1:	Ressourcen, Umwandlungsfaktoren und Verwirklichungschancen	20
Abbildung 2.2:	Merging of Knowledge und Umsetzung in Österreich	20
Abbildung 4.1:	Zeichnungen zum Verhältnis zur österreichischen Regierung	40
Abbildung 4.2:	Zeichnungen zum Verhältnis zur österreichischen Regierung II	40
Abbildung A1.	Vereinbarte Regeln für die Zusammenarbeit	45
Abbildung A2.	Elemente des guten Lebens	46
Abbildung A3.	Inwieweit sind die Dimensionen eines guten Lebens verwirklicht?	47
Abbildung A4.	Wie die Teilnehmenden ihr aktuelles Leben einschätzen	48

Einleitung

Die Finanzkrise ab 2007 hat Europa stark getroffen. Das Programm Europa 2020 – die europäische Wachstums- und Beschäftigungsstrategie – zielte unter anderem darauf ab, den sozialen Zusammenhalt in Europa zu stärken, indem vereinbart wurde, die Anzahl der Armen um 20 Millionen innerhalb von 10 Jahren zu verringern. Nach anfänglich guten Erfolgen hat die Krise dazu geführt, dass Europa vom Weg zu diesem Ziel abgekommen ist. Dem Schuldenabbau der öffentlichen Haushalte wurde Priorität vor dem Ziel des sozialen Zusammenhalts eingeräumt und in ganz Europa eine Sparpolitik verfolgt. Dies führte zu sozialer Ausgrenzung verletzlicher Gruppen.

Die Europäische Kommission reagierte auf diese Auswirkungen der Krise durch das Paket für Sozialinvestitionen im Jahr 2013. Die Idee dahinter ist, in Menschen zu investieren und ihnen die Mittel an die Hand zu geben, sich selbst zu helfen. So sollen ökonomische und soziale Ziele miteinander vereinbar werden. Das Projekt RE-InVEST untersucht, inwieweit das Paket für Sozialinvestitionen diese Ziele erreicht. Im ersten Schritt wird daher der soziale Schaden durch die Finanzkrise in Form der Erosion von Menschenrechten, sozialen Investitionen (oder deren Fehlen), dem Verlust an Verwirklichungschancen und Vertrauen diagnostiziert. Der vorliegende Bericht dokumentiert diese Diagnose für Österreich am Beispiel von Arbeitssuchenden im Alter von 45 und mehr Jahren. RE-InVEST untersucht also weniger, inwiefern Ungleichheit und soziale Ausgrenzung zugenommen haben und welche Ursachen dies hat – dies wurde bereits von anderen geleistet – sondern beschäftigt sich viel mehr mit den ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Folgen der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich.

Im Einzelnen steht zu vermuten, dass das fehlende Vertrauen und der Unmut in der Bevölkerung gegenüber politischen Institutionen einschließlich der Europäischen Union teils als Folge der neoliberalen Politik anzusehen ist, die in den letzten Jahren sowohl von nationalen Regierungen als auch von der Europäischen Union verfolgt wurde. In den Jahren vor der Krise hat sich gezeigt, dass das Vertrauen der Bevölkerung eines Landes in die Politik umso größer ist, je höher die jeweilige Quote der Sozialausgaben am BIP ist und je höher das Einkommen und der sozioökonomische Status der Befragten sind. Daher erscheint die Annahme plausibel, dass die Ausgabenkürzungen speziell im sozialen Bereich zusammen mit der zunehmenden Ungleichheit und Einkommensunsicherheit das Vertrauen untergraben haben, insbesondere unter armen Menschen und Personen in prekären Verhältnissen. Doch das führt nicht automatisch zu Forderungen nach mehr Solidarität im Wohlfahrtsstaat, denn nicht alle Gruppen sind gleich betroffen. Um zu einem Konsens über die soziale Dimension europäischer Politik zu kommen, gilt es, den sozialen Schaden für große Teile der Bevölkerung zu diagnostizieren: für die ausgeschlossenen Menschen, die peripheren Regionen, die Arbeiterbewegung und auch die „Durchschnittsbürger“.

Ferner unterstellt RE-InVEST, dass mit der Anti-Krisen-Politik eine Erosion der sozialen Menschenrechte in Europa und ein Investitionsabbau stattgefunden haben, was sich negativ auf bestimmte Verwirklichungschancen der Menschen auswirkt. Daher analysiert das Projekt aus diesem Blickwinkel die Erfahrungen von Unsicherheit, Armut und sozialer Abwertung, die verletzliche Gruppen in den verschiedenen Ländern machen. Gemeinsam mit Betroffenen erforscht und diskutiert RE-InVEST diese Zusammenhänge in allen beteiligten Ländern. Um wirklich die Betroffenen zu Wort kommen zu lassen und an konkreten Lebensverläufen zu verdeutlichen, wie sich die Krise auf individueller Ebene niedergeschlagen hat, werden für jedes am Projekt beteiligte Land beispielhaft zwei Biographien von Betroffenen festgehalten und mit dem vorliegenden Bericht veröffentlicht.

Dieser Bericht hält die Ergebnisse für Österreich fest. In Abschnitt 2 nach dieser Einleitung wird der nationale Kontext geschildert und begründet, warum RE-InVEST in Österreich mit älteren

Arbeitssuchenden zusammenarbeitet. In Abschnitt 3 wird kurz erläutert, wie Menschenrechte, Verwirklichungschancen und Methoden der partizipativen Aktionsforschung zusammen den Rahmen für RE-InVEST bilden und wie dies in Salzburg für Österreich umgesetzt worden ist. Abschnitt 4 enthält die beiden individuellen Biographien. Abschnitt 5 analysiert näher, welche Auswirkungen die Krise in Österreich auf die Lebensumstände älterer Arbeitssuchender hatte. Hierbei richtet sich das Augenmerk auf Verstöße gegen die Menschenrechte, auf die Verwirklichungschancen der Betroffenen, auf die Frage, ob Investitionen zugenommen haben oder abgebaut worden sind und schließlich auf den sozialen Zusammenhalt. Abschnitt 6 fasst schließlich zusammen und stellt die Schlussfolgerungen für die Bewertung der Sozialpolitik und die weitere Forschung vor.

1. Nationaler Kontext

2.1 Österreich und die Krise

1.1.1 Hintergrund

Österreich hat – aufgrund der Lage im Herzen von Europa und der starken Exportorientierung – aus volkswirtschaftlicher Sicht stark von der Einführung des Euro sowie der EU-Osterweiterung profitiert. Die Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 beendete in Österreich damit eine mehrjährige Phase, die von vergleichsweise hohem Wirtschaftswachstum, sinkender Arbeitslosigkeit sowie ab 2006 erstmals wieder signifikanten Reallohngewinnen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gekennzeichnet war. (Hermann und Flecker 2015) Dagegen waren die Jahrzehnte zuvor, beginnend mit dem zweiten Ölpreis-Schock Mitte der 1980er Jahre, von geringem Wachstum, niedrigen Reallohnzuwächsen und schleichend steigender Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Damit einher ging ab damals eine Reihe von „Sparpaketen“, als Ausdruck einer zunehmenden politischen Orientierung am Ziel der Haushaltssanierung. Die Nachkriegsära des „Wirtschaftswunders“ und der „Vollbeschäftigung“ war damit zu Ende.

Im EU-Vergleich blieb die Arbeitslosigkeit in Österreich jedoch weiterhin niedrig. Neben der Rolle der durch die Sozialpartner mitbestimmte Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik und anderen Faktoren ist dies zum Teil auch auf das im Vergleich zum EU-Durchschnitt niedrige faktische Pensionsantrittsalter zurückzuführen. Arbeitsmarktprobleme wurden bspw. durch verschiedene Mechanismen der Frühpensionierung in das Pensionssystem verschoben. Als Folge sind die Ausgaben für vorzeitige Alterspensionierungen bis zur Jahrtausendwende stetig und stark gewachsen. (BMASK 2014, 227) Bei der im Vergleich besonders geringen Jugendarbeitslosigkeit wird die duale Berufsausbildung mit ihrem mittleren Grad an beruflicher Spezialisierung als wesentlicher Erfolgsfaktor gesehen (Dornmayr und Löffler 2016, 61–71). Erst Ende 2015 verlor Österreich seinen Spitzenplatz als Land mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit und rangiert im EU-Vergleich aktuell auf Rang 5.

Analog zu vielen anderen EU-Staaten kam es auch in Österreich während der letzten Jahre zu einer zunehmenden Polarisierung der Erwerbsbevölkerung in Gewinner und Verlierer. Dies geschah auf Basis einer schon bestehenden Segmentierung des österreichischen Arbeitsmarkts nach Geschlecht und ethnischer Zugehörigkeit bzw. Migrationshintergrund. Segmentierung bedeutet, dass für bestimmte Gruppen der österreichischen Bevölkerung deutlich größere Chancen bestehen, (dauerhaft) am ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und ein gutes Einkommen zu erzielen als für andere. Insgesamt ist eine zunehmende Spaltung des österreichischen Arbeitsmarkts in längerfristige, stabile und kurzfristige, instabile Beschäftigungen feststellbar. (Eichmann und Saupe 2014, 62–63) Die wachsende Anzahl instabiler Beschäftigungsverhältnisse ist jedoch stark auf bestimmte Personengruppen und Wirtschaftszweige konzentriert, während die durchschnittliche Dauer von Beschäftigungsverhältnissen weiterhin relativ stabil ist (Atzmüller 2009, 142) Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, Niedrigqualifizierte und Menschen mit Behinderung arbeiten in Österreich signifikant häufiger in atypischen Beschäftigungen, erzielen häufiger ein nur geringes Einkommen und sind stärker von Armut und Arbeitslosigkeit bedroht und betroffen. So arbeiten Menschen mit Migrationshintergrund signifikant häufiger unter ihrer Qualifikation, im Niedriglohnsektor und in Berufen mit niedrigem Prestige. (Eppel, Horvath, und Mahringer 2013) Auch der Anteil von Leih- und Zeitarbeitsverhältnissen ist fast drei Mal so hoch wie bei Personen ohne Migrationshintergrund. (Österreichischer Integrationsfonds 2015, 22)

Jede zweite erwerbstätige Frau arbeitet in Österreich Teilzeit, was im EU-Vergleich nur noch durch die Niederlande übertroffen wird. Wenn Frauen aus Teilzeit in eine andere Arbeitsmarktposition wechseln, handelt es sich doppelt so häufig wie bei Männern um eine Niedriglohnbeschäftigung. (Eppel, Horvath, und Mahringer 2013, 89–90) Als Grund für die ausschließliche Teilzeittätigkeit geben Frauen meist die Kinderbetreuung an, während dies für Männer, die Teilzeit arbeiten, eine marginale Rolle spielt. Die hohe Teilzeitbeschäftigung von Frauen spiegelt die weiterhin deutlich ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit in Österreich zwischen den Geschlechtern wieder. Frauen übernehmen immer noch im größeren Rahmen die Kinderbetreuung und die Pflege von älteren Angehörigen, wodurch sie oft jedoch nur eingeschränkt am Berufsleben teilnehmen können. (Knittler 2015) So sind 68,6 % der erwerbstätigen Frauen mit Kindern unter 15 Jahren Teilzeit beschäftigt, aber nur 5,1 % der Männer. Die Kombination aus männlicher Vollerwerbstätigkeit und weiblicher Teilzeiterwerbstätigkeit besteht in rund der Hälfte der Familien mit Kindern unter 15 Jahren (Eichmann und Saupe 2014, 98–99) Dies hat ein erhöhtes Armutsrisiko für Frauen, sowohl während des Berufslebens als auch besonders in der Pension zur Folge. Unabhängig vom Stundenausmaß verdienen Frauen in Österreich deutlich weniger als Männer: so lagen die Bruttojahreseinkommen von ganzjährig vollzeitbeschäftigten Frauen um 18,2 % unter jenen der ebenfalls ganzjährig vollbeschäftigten Männer. Der sogenannte Gender Pay Gap liegt in Österreich trotz eines leichten Rückgangs zwischen 2008 und 2009 weiterhin deutlich über dem EU-Durchschnitt. (Statistik Austria 2015b)

Das System der sozialen Sicherheit in Österreich ist erwerbsarbeitszentriert, was bedeutet, dass die soziale Absicherung sich an der vorherigen Stellung einer Person am Arbeitsmarkt orientiert. Ziel ist es, den sozio-ökonomischen Status der Erwerbsperson und abhängiger Familienmitglieder in Krisenzeiten aufrecht zu erhalten (Versicherungsprinzip) und nicht primär, Armut zu vermeiden. So wird bspw. die Höhe des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe proportional zum zuvor erzielten Einkommen berechnet, ohne eine Mindestgrenze. Als Folge ermöglichen niedrige Einkommen keine existenzsichernde Absicherung im Fall von Arbeitslosigkeit, obwohl gleichzeitig Menschen mit niedrigem Einkommen stärker vom Risiko, arbeitslos zu werden, betroffen sind. Auch die arbeitsrechtlichen Bestimmungen, die Arbeitsmarktpolitik und Kollektivvertragsverhandlungen orientieren sich stark am „Normalarbeitsverhältnis“, obgleich dieses für einen wachsenden Teil der Erwerbstätigen nicht mehr die (durchgehende) Realität ist. Dieses „konservative“ Wohlfahrtsstaatsmodell ist sehr erfolgreich, wenn Vollbeschäftigung bzw. zumindest sehr geringe Arbeitslosigkeit bestehen, wenn der Anteil der Löhne am Volkseinkommen hoch ist und wenn wenig atypische Beschäftigungsverhältnisse vorliegen, die nicht der Versicherungspflicht unterliegen. Diese Bedingungen sind jedoch nicht mehr im selben Umfang wie noch vor wenigen Jahrzehnten gegeben. Während Arbeitslosigkeit und atypische Beschäftigungsverhältnisse langfristig steigen, sank die bereinigte Lohnquote (= der Anteil der Löhne am Volkseinkommen) zwischen 1998 und 2007 von 75 % auf rund 66 %¹. Gleichzeitig zeigt der langfristige Trend eine zunehmende Belastung der Lohneinkommen, also des Faktors Arbeit, verglichen mit anderen Einkommensarten. (Glocker u.a. 2014, 254–256) Die Folgen der Wirtschaftskrise in Österreich sind vor dem Hintergrund dieser hier skizzierten strukturellen und institutionellen Rahmenbedingungen und Trends zu sehen.

1.1.2 Die Krise in Österreich: Auswirkungen und politische Reaktionen

Vom Einsetzen der Wirtschaftskrise ab 2008 waren zwei Sektoren besonders betroffen: zum einen die Banken, welche stark in die durch die Erweiterung zugänglich gewordenen neuen Märkte in Zentral- und Osteuropa expandiert hatten und zum anderen die österreichische Exportwirtschaft, insbesondere die Produktionsbetriebe. So brachen die Exporte im Jahr 2009 um über 20 % ein. Nachdem die österreichische Wirtschaft 2008 noch 2 % Wachstum verzeichnen konnte, geriet sie 2009 in die tiefste Rezession seit 1945, das Bruttonationalprodukt schrumpfte um 3,6 %. (Hermann und Flecker 2015)

¹ Seit 2007 ist die Lohnquote zwar wieder gestiegen, dies ist jedoch auf den Effekt der europäischen Finanz- und Schuldenkrise zurückzuführen, in deren Folge die Unternehmens- und Vermögenseinkommen verglichen mit den Löhnen deutlich stärker eingebrochen sind. (Glocker u.a. 2014, 255)

Die unmittelbare Krisenpolitik der österreichischen Regierung konzentrierte sich auf Stabilisierungsprogramme für die besonders betroffenen Sektoren und Konjunkturpakete in Form von Steuererleichterungen, einer Verschrottungsprämie für den alten bei Kauf eines Neuwagens („Ökoprämie“), öffentlichen Investitionen in Infrastruktur und staatlich geförderten Krediten für Kleine und Mittlere Unternehmen („Mittelstandsmilliarde“). Dem Bankensektor wurde mit einem Rettungspaket in Höhe von 100 Milliarden Euro unter die Arme gegriffen (daraus entstanden der öffentliche Hand bis Ende 2014 7,3 Milliarden Euro tatsächlicher Verlust). Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass Österreich aufgrund des starken Osteuropa-Engagements seiner Banken im Jahr 2009 als potentieller „Pleitekandidat“ galt. In diesem Jahr wurde auch die stark im Osteuropa-Geschäft involvierte Kärntner Bank „Hypo Alpe Adria“, wie schon im Oktober 2008 die „Kommunalkredit“, notverstaatlicht. 2012 folgte eine Teilverstaatlichung der Österreichischen Volksbanken AG. Hinzu kamen Kapitalspritzen und Haftungsübernahmen für andere Bankinstitute. Nachdem die Verbindlichkeiten der Hypo Bad Bank „Heta“ 2014 dem Bund zugerechnet wurden, stieg dadurch die Staatsverschuldung schlagartig um 4,3 Prozentpunkte. (Bundesministerium für Finanzen 2015, 98–99)

Um Kündigungen zu vermeiden, wurden zwei Arbeitsmarktpakete aufgelegt, die primär darauf abzielten, als Alternative zu Stellenabbau die interne Flexibilität von Unternehmen zu erhöhen, indem die Arbeitsstunden pro Arbeitnehmendem und die Produktivität pro Stunde verringert werden. Die wichtigste Reform war der vereinfachte und flexiblere Zugang für Unternehmen zu Kurzarbeit. Diese wurde auf Basis einer Vereinbarung der österreichischen Sozialpartner umgesetzt und gilt als zentraler Faktor für den vergleichsweise moderaten Anstieg der Arbeitslosigkeit um 1,4 %. Die stabilisierenden Effekte dieser Maßnahmen kamen jedoch, entsprechend der Aufsplitterung des österreichischen Arbeitsmarkts in gut geschützte Kern- und flexibilisierte Randbelegschaften, fast ausschließlich qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit unbefristeten Verträgen zugute. Dem gegenüber waren von der steigenden Arbeitslosigkeit anfangs vor allem Beschäftigte in der Leiharbeitsbranche betroffen, deren Anzahl in den Jahren vor der Krise stark zugenommen hatte. In der Rezession waren sie die ersten, die freigestellt wurden. Im Sektor der produzierenden Industrie betrug der Rückgang 32,8 % zwischen Juli 2008 und 2009. (Basso u.a. 2011, 11; Hermann und Flecker 2015) Insgesamt waren von diesem ersten Anstieg der Arbeitslosigkeit jüngere Arbeiter und Arbeiterinnen, Migrantinnen und Migranten sowie niedrig Qualifizierte besonders betroffen. Verhältnismäßig wurden auch mehr Männer als Frauen arbeitslos. (Hermann und Flecker 2015)

Nach diesem heftigen, aber kurzen Einbruch hatten die Exporte schon Ende 2009 wieder fast vollständig erholt. Als Folge der staatlichen Ausgabenerhöhungen zur Bekämpfung der Krise stieg jedoch das jährliche Budgetdefizit in den Jahren 2009 (-5,3 %) und 2010 (-4,4 %) stark (2008: -1,4 %). (Statistik Austria 2015c) Auch die Sozialquote ist, wie in den meisten EU-Staaten, als Folge der Krise gestiegen, da einerseits mehr Menschen auf Arbeitslosengeld und andere Unterstützungsleistungen angewiesen waren und andererseits die Einzahlungen zurückgingen: zwischen 2008 und 2009 kam es zu einem Anstieg um 2 Prozentpunkte. (BMASK 2014, 243)

Als Reaktion darauf wurden im Budget 2011 Einsparungen in Höhe von 1,6 Milliarden Euro vorgenommen. Neben der Erhöhung von Konsumsteuern kam es zu Kürzungen in den Bereichen Bildung und Forschung, Pflegegeld, Familienbeihilfe und, in geringerem Ausmaß, bei den Pensionen. Eine neue Einnahmequelle wurde durch die Einführung einer Bankenabgabe 2017 erschlossen, die mit mindestens 500 Millionen Euro pro Jahr budgetiert wurde. Anfang 2012 wurde ein Sparpaket für die Periode 2012 bis 2016 beschlossen, das Einsparungen im Umfang von 19 Milliarden Euro vorsah, davon 7,3 Milliarden bei den Pensionen und rund 1,4 Milliarden durch eine Gesundheitsreform. (Wirtschaftsblatt 2010)

Nachdem die Arbeitslosigkeit im Jahr 2011 wieder etwas zurückgegangen ist, steigt diese seit 2012/2013 kontinuierlich an. Der mehrfach für das jeweilige Folgejahr prognostizierte Rückgang stellte sich nicht ein. Im Februar 2015 waren im Vergleich zum Vorjahr wieder 11,4 % (Arbeitsmarktservice Österreich 2015) mehr Menschen arbeitslos gemeldet, im Frühjahr 2016 ist die Zahl nochmals um 2,1 % (inklusive Schulungsteilnehmende) gestiegen. (DiePresse.com 2016) Weiterhin stark betroffen sind

Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft mit niedriger Qualifikation, wobei hier große Unterschiede je nach Herkunftsland bestehen, und Menschen mit Behinderung. Geändert hat sich jedoch die Betroffenheit nach Altersgruppe: während bei der Jugendarbeitslosigkeit 2015 ein leichter Rückgang im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen ist, erhöhte sich die Arbeitslosigkeit von Menschen über 50 Jahren deutlich. (Arbeitsmarktservice Österreich 2015)

Ein starker Anstieg ist auch bei der durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit und dem Anteil der Langzeitbeschäftigungslosen zu verzeichnen. Es bestehen sogenannte Sortierungseffekte, wonach höher Qualifizierte zwar ebenfalls zunehmend von Arbeitslosigkeit betroffen sind, jedoch vergleichsweise schneller wieder eine neue Stelle (wenngleich auch oft unter ihrer Qualifikation) finden, während in der Arbeitslosigkeit immer mehr Menschen mit großen Wiedereingliederungsproblemen in den 1. Arbeitsmarkt verbleiben. (Fleck 2015) Dadurch entsteht eine wachsende Gruppe von Menschen, die wiederholt zwischen (befristeter) Beschäftigung, Arbeitslosengeldbezug und Mindestsicherung „pendeln“. Dies betrifft besonders Niedrigqualifizierte und Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft. Daneben machen jedoch auch Langzeitarbeitslose in Österreich aktuell knapp ein Drittel der arbeitslos gemeldeten Menschen aus, was mehr als einer Verdoppelung seit 2009 entspricht. (Höller 2015)

Der Bedarf an aktiver Arbeitsmarktpolitik hat durch diese Entwicklung sowohl quantitativ wie auch qualitativ stark zugenommen. Dem Anstieg der arbeitslos gemeldeten Personen steht jedoch kein entsprechender Ausbau der Mittel gegenüber, weswegen die pro Person zur Verfügung stehenden Mittel zurückgegangen sind und Einsparungen bei Kursen und Qualifizierungsmaßnahmen vorgenommen wurden. Die 2013 eingeführten Fachkräftestipendien wurden beispielsweise für die Jahre 2016 und 2017 ausgesetzt. (Pfleger 2015)

Aufgrund von vermehrter Teilnahme von Frauen am Arbeitsmarkt, längerem Verbleib am Arbeitsmarkt durch die graduelle Erhöhung des Pensionsantrittsalters und Zuwanderung steigt in Österreich (im Gegensatz zu Deutschland mit einer sinkenden Erwerbsbevölkerung) aber auch die Zahl der Erwerbstätigen. Innerhalb von 10 Jahren erhöhten sich diese von rund 3,7 Mio (1994) auf rund 4,1 Mio im Jahr 2013. (Statistik Austria 2016a) Damit ist jedoch keine vergleichbare Zunahme der verfügbaren Arbeitsstunden verbunden, weswegen der Anteil an Vollzeitstellen zurückgeht. Dagegen nehmen Teil- und geringfügige Beschäftigung, flexible Unterbeschäftigung und strukturelle sowie periodische Arbeitslosigkeit zu. Zwischen 2004 und 2014 hat sich die Teilzeitquote von 19,9 % auf 26,9 % der Erwerbsbevölkerung erhöht. (Eurostat o.J.)

Nachdem zwischen 1982 und 1991 die Einkommensungleichheit um 15,7 % deutlich zurückgegangen ist, steigt sie besonders seit 2004 wieder an. (Eichmann und Saupe 2014, 120) Im Jahr 2008 nahm sie um 1,7 % zu. (Glocker u.a. 2014, 273) Insgesamt zeigt sich, dass sowohl die mittleren Brutto- wie Nettojahreseinkommen zwischen 1998 und 2013 hinter der Inflationsentwicklung zurückgeblieben sind und damit real niedriger wurden. Eine getrennte Analyse der (inflationsbereinigten) hohen und niedrigen Einkommen zeigt jedoch, dass hohe Einkommen steigen, während sehr niedrige Einkommen stark sinken. So betragen die inflationsbereinigten, niedrigsten 10 % der Bruttoeinkommen von Arbeiterinnen und Arbeitern 2013 nur mehr 56 % des Vergleichswerts von 1998. (Rechnungshof 2014, 21; 32–42) Das Ausmaß der Beschäftigung unter Niedriglohniveau hat im Zeitraum zwischen 1996 und 2010 in Österreich zugenommen. Unter Niedriglohn versteht man hier – internationalen Studien folgend – Einkommen, die unter zwei Drittel des Medianbruttostundenlohnes liegen. Unter Berücksichtigung der Bruttostundenlöhne der Beschäftigten, ist die Niedriglohnquote von 1996 bis 2010 von 12,6 % auf 13,9 % gestiegen. (Fritsch, Teitzer, und Verwiebe 2014) Nach Ergebnissen von EU-SILC 2014 waren in Österreich 7 % der Erwerbsbevölkerung von Working Poor betroffen, das sind rund 266 000 Menschen. Davon waren rund die Hälfte, 129 000 Personen, mindestens 6 Monate in Vollzeit beschäftigt (Statistik Austria 2015a, 120)

Während bei den marktwirtschaftlich erzielten Einkommen eine Zunahme der Ungleichheit feststellbar ist, ist demgegenüber die staatliche Umverteilungswirkung seit Mitte der 2000er-Jahre relativ stabil. Viele Haushalte mit sehr niedrigem Einkommen werden also durch staatliche Leistungen im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe), Sozial- und Wohnbeihilfe, Pflegegeld,

Hinterbliebenenpension und bestimmte Familienleistungen (Kinderbetreuungsgeld, öffentliche Kinderbetreuungseinrichtungen) über die Armutsgefährdungsschwelle gehoben. Weiterhin sind mehr als 90 % der beim Arbeitsmarktservice arbeitssuchend gemeldeten Personen durch die Arbeitslosenversicherung erfasst und bekommen entsprechende Leistungen. (Fink 2015a, 7) Die im EU-Vergleich niedrigen Nettoersatzraten des Arbeitslosengelds in Höhe von 55 % des täglichen Nettoeinkommens² und das Fehlen eines Mindestarbeitslosengeldes haben jedoch zur Folge, dass das durchschnittliche monatliche Arbeitslosengeld deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle für einen Ein-Personen-Haushalt liegt. Die Armutsgefährdung in Haushalten mit Langzeitarbeitslosigkeit (2013: 45,7 %) ist deshalb verglichen mit anderen Gruppen sehr hoch und liegt im EU-Vergleich im mittleren Bereich. (Fink 2015a, 6)

Der Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen auf Haushaltsebene hat nicht zugenommen. (Lamei u.a. 2014, 342) Während die Armutsgefährdung gemessen an den Haushaltsäquivalenzeinkommen vor Sozialleistungen bei 25 % und vor Sozialleistungen und Pensionen sogar bei 44 % liegt, reduziert sich diese durch Transferleistungen auf 14 % im Jahr 2015. Die Umverteilung durch Steuern und Transfers mildert die im EU-Durchschnitt hohe Ungleichheit der primären Einkommensverteilung überdurchschnittlich stark ab. (Statistik Austria 2015a, 70; Obinger 2015) In Summe konnte dadurch ein stärkerer Anstieg der Ungleichheit und Armutsgefährdung seit Beginn der Krise verhindert werden. Die durch den starken Anstieg der Arbeitslosigkeit und damit verbundene Beitragsausfälle befürchtete Finanzierungslücke bei der gesetzlichen Sozialversicherung ist bis 2014 nicht eingetreten, wofür vor allem der Anstieg der beitragszahlenden Erwerbspersonen und die Einkommensentwicklung verantwortlich sind. (Klopf 2014, 390)

Was die öffentliche Hand betrifft, so kann zusammenfassend festgehalten werden, dass im Unterschied zu anderen EU-Staaten keine weitreichenden sondern nur punktuelle Kürzungen im Sozialbereich oder bei öffentlichen Dienstleistungen stattgefunden haben. (Fink 2015b)

Deutlich nachweisbar war das subjektive Erleben persönlicher Betroffenheit durch die Wirtschaftskrise in Österreich: Ende 2009 fühlten sich laut einer repräsentativen Studie 60 % in Österreich von der Krise betroffen. Während rund 25 % angaben, „leicht“ betroffen zu sein, äußerten rund 35 % psychische Belastungen wie Angst und Machtlosigkeit. (Daser 2009) Obwohl Österreich also vergleichsweise gut durch die Krise gekommen ist, zeigt sich eine nachhaltige Verunsicherung auch im Eurobarometer 2013, wo 47 % (EU-28: 43 %) der Befragten in Österreich angaben, pessimistisch in die Zukunft der EU zu blicken und 43 % die Meinung äußerten, dass dem Land in Bezug auf die Wirtschaftskrise das Schlimmste noch bevorsteht. (Europäische Kommission 2013) 2015 hat sich der Anteil jener Befragten, die so auf diese beiden Fragen antworten, weiter erhöht, auf 56 % und 54 %. (Europäische Kommission 2015)

Auf politischer Ebene zeigt sich die Unzufriedenheit mit der großen Koalition, die Österreich seit 2006 regiert, in der Entstehung neuer Parteien und am ungebrochenen Erfolg der rechtspopulistischen, EU-skeptischen Partei FPÖ. Diese konnte ihre Wahlergebnisse auf Bundesebene von 11 % im Jahr 2006, auf 17,5 % 2008 und 20,6 % im Jahr 2013 ausbauen, während die früheren Großparteien kontinuierlich an Zustimmung verloren. In aktuellen Umfragen liegt sie mit rund 33 % der Stimmen mit großem Abstand auf dem 1. Platz. Auch auf Landesebene erzielte sie 2015 große Gewinne. In zwei von drei Landtagswahlen kam sie auf über 30 % der Stimmen und ist nun neu in zwei Landesregierungen vertreten. Bei den EU-Wahlen 2014 erreichte sie eine Verdreifachung des Stimmenanteils seit 2004.

Die Wahlumfragen anlässlich der Nationalratswahl 2013 verdeutlichen diese Unzufriedenheit: Demnach sind fast die Hälfte der Wählerinnen und Wähler der Auffassung, dass die österreichische Politik in entscheidenden Fragen oft versage. Ebenfalls fast die Hälfte (46 %) sind EU-skeptisch eingestellt und sehen in der Mitgliedschaft eher Nachteile für sich selbst. (Ullram 2013)

² Berechnet auf Basis der Jahresbeitragsgrundlage aus dem arbeitslosenversicherungspflichtigen Entgelts des vorletzten bzw. letzten Beitragsjahres.

2.2 Salzburg und die Krise

In diesem Abschnitt soll kurz die speziellen Folgen der Krise im Bundesland Salzburg beleuchtet werden und einige Entwicklungen aufgegriffen werden, die im Rahmen der partizipativen Forschung zur Sprache kamen.

Salzburg wurde von der Krise insbesondere durch einen damit verbundenen Finanzskandal getroffen, der Ende des Jahres 2012 ans Tageslicht kam, zur Abwahl der damaligen Regierung bei vorgezogenen Neuwahlen führte und große Lücken in den öffentlichen Haushalt riss. Das Land Salzburg hatte, wie auch andere österreichische Bundesländer, Städte und Gemeinden, hochriskante Finanzgeschäfte getätigt, die im Zuge der Finanzkrise zu hohen Spekulationsverluste führten. Als Folge war die Neuverschuldung im Jahr 2013 deutlich höher als budgetiert. Im Budget 2014 wurden umfassende Sparmaßnahmen vorgenommen, die Landesregierung betonte die labile Situation des öffentlichen Haushalts und kündigte auch für die Folgejahre Sparbudgets an. (orf.at 2013)

Während der Gestaltungsspielraum der öffentlichen Hand durch diese Entwicklungen auf Jahre hin deutlich eingeschränkt wurde, ist das Einkommen der Salzburgerinnen und Salzburger zwischen 2009 und 2014 real um 1,2 Prozentpunkte gesunken. Im langfristigen Vergleich ist der reale Einkommensverlust geringer, da 2009 ein Ausnahmejahr mit einem überdurchschnittlichen Einkommensplus (3,4 %) und einer sehr niedrigen Inflationsrate (0,5 %) darstellte. Im Bundesländervergleich lag Salzburg 2014 bei den Einkommen an vorletzter Stelle. Dies ist einerseits auf die niedrigen Durchschnittslöhne im überdurchschnittlich großen Dienstleistungsbereich (Beherbergung, Gastronomie, Handel), aber auch mit dem hohen Anteil an Teilzeit- und Saisonarbeit in diesen Sparten zurückzuführen. Nur rund die Hälfte der Beschäftigten im Bundesland Salzburg hat einen ganzjährigen Vollzeitjob. (Arbeiterkammer Salzburg 2016)

Mieten und Betriebskosten sind in Österreich zwischen 2010 und 2014 um 15,2 % gestiegen. In Salzburg sind der österreichweit stärkste Anstieg bei Mieten und der zweitstärkste bei den Betriebskosten feststellbar. (Arbeiterkammer Salzburg o. J.) Im Vergleich zu 2004 haben die Mietpreise in Salzburg sogar um 36,2 % zugenommen. (orf.at 2016) Einfamilienhäuser sind im Bundesland Salzburg am teuersten und bei Eigentumswohnungen sind die Preise in der Stadt Salzburg im Vergleich mit den anderen Landeshauptstädten am höchsten. Zwischen 2009 und 2014 haben sich die Kaufpreise in der Stadt Salzburg um fast 40 % erhöht. (Arbeiterkammer Salzburg o. J.) Der Mangel an Wohnungen hat zum Teil mit der österreichweiten Reduktion von Wohnbauförderungen durch die öffentliche Hand ab 2009 zu tun. Salzburg war von diesem Rückgang besonders stark betroffen. (DiePresse.com 2012)

Die hohen Wohn- und Lebenskosten haben zur Folge, dass immer mehr Menschen Zuschüsse aus dem Sozialbudget benötigen. Zwischen 2010 und 2014 ist die Zahl der Arbeitslosen im Bundesland um 27,8 %, in der Stadt Salzburg sogar um 42,7 % gestiegen. Aufgrund geringer Versicherungsleistungen erhält ein Viertel der arbeitslos gemeldeten Personen zusätzliche Leistungen aus dem Sozialbudget des Landes Salzburg (Bedarfsorientierte Mindestsicherung), um ihre Existenz zu sichern. Die Zahl der Mindestsicherungsbezieher hat sich zwischen 2013 und 2014 um rund 8 % erhöht. 70 % der Mindestsicherungsbeziehenden haben zwar ein Einkommen, können jedoch damit aufgrund steigender Kosten ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten. (Land Salzburg, Abteilung Soziales 2015)

An einer weiteren Zahl zeigt sich diese Entwicklung ebenfalls: 2009 hatte sich innerhalb eines halben Jahres der Andrang bei Sozialmärkten, die Lebensmittel für Bedürftige um 30 % unter dem Marktpreis anbieten, um 20 % (Salzburg Land) bzw. 10 % (Salzburg Stadt) erhöht. (APA - Austria Presse Agentur 2009)

Die Salzburgerinnen und Salzburger blicken dementsprechend eher pessimistisch in die Zukunft, was die wirtschaftliche Entwicklung und die Verringerung von Armut und sozialer Ungleichheit betrifft. So ergab eine Salzburger Studie von 2013, dass 84 % der Befragten (92 % in der Gruppe der nicht Berufstätigen) der Aussage: „Die Unterschiede zwischen armen und reichen Menschen in Salzburg werden zunehmen.“ zustimmten. 80 % bejahten die Aussage „Der wirtschaftliche und finanzielle Aufstieg wird in Zukunft schwieriger sein.“ (Nowotny 2013)

2.3 Ältere Arbeitssuchende besonders betroffen

Ältere Arbeitssuchende, d.h. Personen über 50 bzw. sogar schon ab 45 Jahren, sind neben Menschen mit Migrationshintergrund und Niedrigqualifizierten, von der zweiten Anstiegswelle bei der Arbeitslosigkeit ab 2012 besonders stark betroffen. Dafür sind mehrere Gründe zu nennen. Zum einen wird diese Gruppe durch den demographischen Wandel zahlenmäßig größer und zum anderen steht sie dem Arbeitsmarkt durch Erhöhung des tatsächlichen Pensionsantrittsalters länger zur Verfügung. Das reguläre Pensionsantrittsalter liegt für Männer bei 65 und für Frauen bei 60 Jahren, wobei letzteres ab 2014 schrittweise an jenes der Männer angehoben wird. Das tatsächliche Pensionsantrittsalter liegt jedoch deutlich darunter und auch bedeutend niedriger als im EU-Durchschnitt. Durch mehrere Pensionsreformen ab 1992 und speziell nach der Jahrtausendwende wurden die Möglichkeiten für einen vorzeitigen Pensionsantritt deutlich reduziert und der Zugang zur Invaliditätspension erschwert. Traditionell war der vorzeitige Pensionsantritt ein in Österreich weit verbreitetes Mittel, um Arbeitsmarktproblemen auszuweichen. Dadurch lag die Beschäftigungsquote der Personen im Alter zwischen 55 und 64 noch 2008, trotz der bis dahin guten Wirtschaftsentwicklung, bei nur 41 %. Im Jahr 2015 lag sie bei 45,1 % und damit im EU-Vergleich noch immer auf sehr niedrigem Niveau. (Statistik Austria 2016b) Als Folge dieser langjährigen Praxis ist der österreichische Arbeitsmarkt nur schlecht auf die längere Erwerbsbeteiligung und besonders die (Re-)Integration älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingestellt. Ältere Erwerbspersonen (45 Jahre oder älter) sind zwar meist stabil beschäftigt und werden seltener arbeitslos als jüngere. Wenn sie ihren Arbeitsplatz verlieren, haben sie jedoch viel größere Schwierigkeiten, eine neue Beschäftigung zu finden. Deshalb sind sie im Durchschnitt länger arbeitslos und machen einen größeren Anteil der Langzeitbeschäftigungslosen (über ein Drittel) sowie fast die Hälfte der Langzeitarbeitslosen aus. (Arbeitsmarktservice Österreich 2015) Es kommt bei dieser Gruppe also vermehrt zu einer Verfestigung von Arbeitslosigkeit und damit verbunden, einem erhöhten Verarmungsrisiko. Die Politik reagierte auf diese Entwicklung mit einer Erhöhung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik für die Zielgruppe 50+. Für die Jahre 2016 und 2017 wurde das Budget mehr als verdoppelt, wobei rund 60 % für befristete Lohnsubventionen („Eingliederungsbeihilfe“) vorgesehen sind. Langfristige und hochwertige Qualifizierungsmaßnahmen sind noch immer schwer zu bekommen.

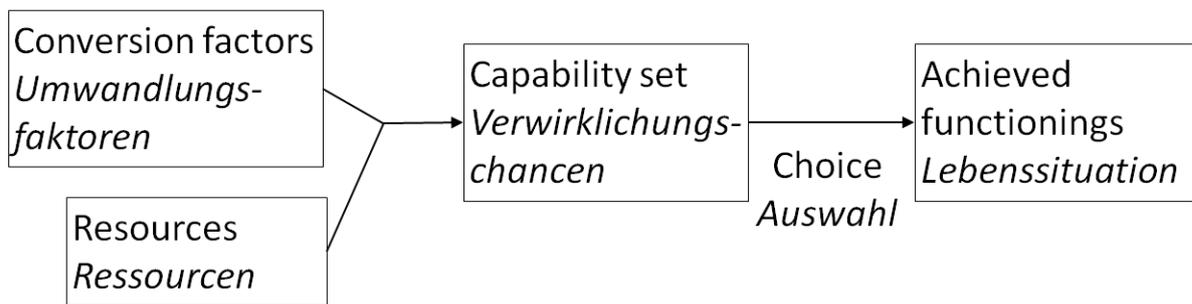
Außerdem werden weiterhin rund 8 % des Gesamtbudgets für aktive Arbeitsmarktpolitik für Leistungen, die auf den vorzeitigen Austritt aus dem Arbeitsmarkt abzielen (Altersteilzeit, Pensionsvorschuss, Übergangsgeld), aufgewendet. (Bock-Schappelwein u. a. 2014, 83)

2. Theoretischer Rahmen und Methoden

Das Projekt RE-InVEST bezieht sich – für die Erforschung der philosophischen, institutionellen und empirischen Grundlagen eines inklusiven, solidarischen Europas – auf einen theoretischen Rahmen, der Menschenrechte und den Capability Ansatz von Amartya Sen verbindet. Die Menschenrechte bilden in Europa eine gemeinsame Wertebasis und können als Auflistung von Elementen, die ein gutes Leben ausmachen, aufgefasst werden. Es sind Grundrechte und Freiheiten, die jeder und jedem zustehen. Zugleich verleihen ihnen internationale Gesetzgebung einschließlich einiger Vereinbarungen und Konventionen rechtliche Gültigkeit. Die Vorstellung von grundlegenden Menschenrechten hat sich über viele Jahrhunderte hinweg entwickelt und nach dem zweiten Weltkrieg weite Unterstützung gewonnen als die Vereinten Nationen 1948 die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedet haben. In dieser Erklärung wird erstmals aufgeführt, welche Menschenrechte und grundlegenden Freiheiten allen Menschen ohne jegliche Diskriminierung zustehen. Menschenrechte definieren einen allgemein akzeptierten Standard, der sicherstellen soll, dass die Würde jeder Person gewahrt und ihr mit Achtung begegnet wird. Die Menschenrechte sind unabhängig voneinander einzuhalten und unteilbar, d.h. sie sind miteinander verbunden und der Verstoß gegen ein Menschenrecht kann Auswirkungen auf die Wahrung der anderen haben. In der Regel durch gesetzliche Bestimmungen, internationale und regionale Abkommen oder nationale Gesetzgebung schriftlich festgehalten, treffen die Menschenrechte eine Aussage über allgemein akzeptierte Prinzipien dazu, wie ein Staat seine Bürger und andere Menschen, die in seinen Grenzen leben, behandeln soll. Sie beinhalten sowohl bürgerliche und politische Rechte – unter anderem das Recht zu leben, das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz und das Recht, keiner Folter ausgesetzt zu werden, – als auch ökonomische, soziale und kulturelle Rechte wie das Recht auf Arbeit, das Recht, einer Gewerkschaft beizutreten, das Recht auf Gesundheit, Bildung und einen angemessenen Lebensstandard. Einige besondere Gruppen, wie Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderungen, Minderheiten und Migranten, werden durch spezielle Vereinbarungen geschützt. Für benachteiligte Menschen hat die Benennung von “Rechten” eine stärkende Wirkung. Sie haben mehr Selbstbewusstsein, das einzufordern, was ihnen in ihrem Leben fehlt, wenn es ihr Recht ist.

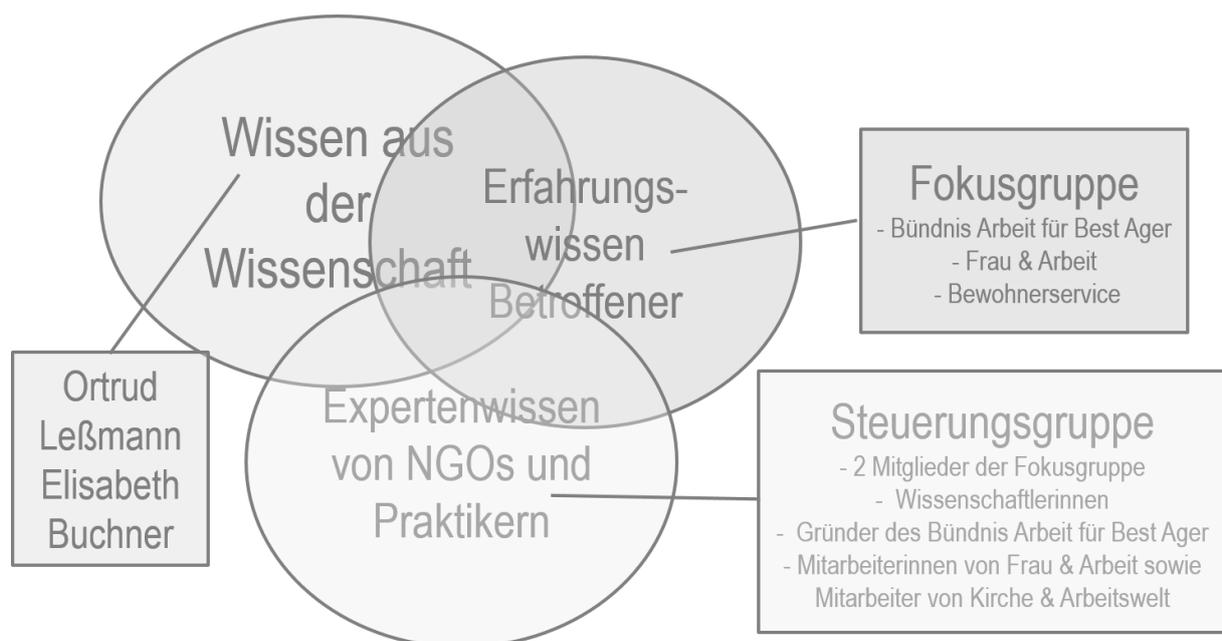
Nach dem Capability Ansatz von Sen ist für ein gutes Leben zum einen die Lebenssituation wichtig – was ein Mensch tut oder ist (achieved functionings) – und zum anderen die Verwirklichungschancen – was ein Mensch zu tun oder zu sein in der Lage ist (capabilities). Um ein gutes Leben in diesem Sinne führen zu können, braucht eine Person sowohl (materielle) Ressourcen als auch andere Voraussetzungen (Umwandlungsfaktoren genannt), die persönlicher oder gesellschaftlicher Natur sind oder von den Gegebenheiten der Umwelt abhängen (Abb.2.1). Ressourcen werden dabei verstanden als Güter und Dienstleistungen, die eine Person zur Gestaltung ihres Lebens nutzt. Beispiele persönlicher Umwandlungsfaktoren sind (erworbene) Fähigkeiten aber auch körperliche Voraussetzungen. Bei den gesellschaftlichen Umwandlungsfaktoren lässt sich zwischen sozialen Normen einerseits und institutionellen Regelungen andererseits unterscheiden. Mit Umweltfaktoren sind schließlich geographische Gegebenheiten (Berge, Flüsse, Täler), das Klima aber auch Umweltbelastungen gemeint. Entscheidend ist nach Sen, ob all diese Voraussetzungen einer Person ein Leben ermöglicht, das sie aus guten Gründen wertschätzt. Es geht also nicht nur um die erreichte Lebenssituation sondern auch um ihre Entscheidungsfreiheit bzw. ihre Möglichkeiten, ihr Leben selbst zu gestalten (ihre Verwirklichungschancen).

Abbildung 2.1: Ressourcen, Umwandlungsfaktoren und Verwirklichungschancen



Um einschätzen zu können, wie es um die Verwirklichungschancen von verletzlichen Personengruppen steht, stehen bei der qualitativen Forschung im Projekt RE-InVEST deren Stimmen im Zentrum. Durch die Methodik der partizipativen Aktionsforschung werden die Erfahrungen der Teilnehmenden zugänglich gemacht und fließen direkt in die Schlussfolgerungen ein. Partizipative Aktionsforschung bedeutet, dass die Betroffenen gemeinsam und auf Augenhöhe mit den Forschenden an einem partizipativen Prozess von Wissenserzeugung, Reflektion und Aktion teilnehmen. Partizipation geht dabei über eine reine Information oder Anhörung der Betroffenen insofern hinaus, als dass sie den Forschungsprozess mitbestimmen können, ihnen eine Entscheidungskompetenz zugesprochen wird (siehe appendix 1 Abbildung Stufen der Partizipation). Partizipative Aktionsforschung folgt dabei einem Kreislauf von Wissensgenerierung, Stärkung der Betroffenen durch Teilhabe an diesem Prozess und dem neugewonnene Wissen und einer Aktion, die dieses Wissen nutzt (Abb.2.2). RE-InVEST setzt bei der Wissensgenerierung insbesondere auf die Methode des „Crossing of Knowledge“ (Abb.2.3). Damit wird die Verschränkung verschiedener Wissensbestände mit dem Ziel eines tieferen Problemverständnisses bezeichnet, nämlich des Wissens von Betroffenen mit jenem aus der Wissenschaft und dem aus der Praxis (von NGOs oder sozialpolitischen Trägern).

Abbildung 2.2: Merging of Knowledge und Umsetzung in Österreich



Insgesamt wurde für das Projekt RE-InvEST eine Methode entwickelt, die Menschenrechte, Capability Ansatz und partizipative Aktionsforschung vereint: PAHRCA (Participatory Action Human Rights and Capability Approach). Sie sieht sieben Schritte vor (Toolkit, 44-45): 1. Ermittlung einer geeigneten Partner-NGO, 2. Kontaktaufnahme und erste Treffen mit der NGO zwecks Vertrauensbildung, 3. Erstes Treffen mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern – Vertrauensbildung, 4. Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses auf der Grundlage von Menschenrechten und Capability Ansatz, 5. Forschungsphase und Datenerhebung, 6. Analyse und gemeinsame Identifikation von Kernthemen und –belangen der Gruppe und 7. Durchführung einer Aktion als Ergebnis des Forschungsprozesses.

Weil die Arbeitslosigkeit in Österreich insbesondere bei Menschen ab ca. 45 Jahren steigt, hat das ifz in Salzburg gezielt einen Praxispartner aus diesem Bereich gesucht und mit dem Bündnis Arbeit für Best Ager (BABA) auch gefunden (Schritt 1). Das Bündnis Arbeit für Best Ager ist auf Initiative einiger Betroffener entstanden und versteht sich als Lobbygruppe für die Belange Älterer (45-65) in puncto Beteiligung am Erwerbsleben. Neben Öffentlichkeitsarbeit bietet das Bündnis auch praktische Hilfe bei der Arbeitssuche in Form von Job-Dating Veranstaltungen an. Bei einem Vortreffen (Schritt 2) zwischen den Wissenschaftlerinnen des ifz mit dem Leitungsgremium des Bündnis Arbeit für Best Ager wurde die Zusammenarbeit in dem Forschungsprojekt besiegelt und zugleich vereinbart, auch Frau & Arbeit (Unterstützung von Frauen in Umbruchphasen zu Arbeitsfragen, gefördert vom Land Salzburg), Kirche und Arbeitswelt (getragen von der katholischen Kirche) und die Bewohnerservicestellen in der Stadt Salzburg zur Mitarbeit einzuladen. Über diese Partner fand sich eine Gruppe aus 6 Frauen und 3 Männern, die bereit waren, als Ko-Forschende teilzunehmen. Die Workshops dauerten je knapp vier Stunden. Im ersten standen die Vorstellung des Projekts sowie das gegenseitige Kennenlernen und die Schaffung einer vertrauensvollen Atmosphäre im Vordergrund (Schritt 3). Insbesondere wurden die theoretischen Bezüge, der zeitlichen Rahmen sowie die Methoden des Projekts erläutert. Die Beteiligten einigten sich auf einige Regeln für die Zusammenarbeit in der Gruppe (appendix 1 Abbildung 2) wie Vertraulichkeit, Pünktlichkeit, gegenseitiger Respekt etc. Als erste Annäherung an das Thema wurden die Teilnehmenden gebeten, ihr Verhältnis zur österreichischen Regierung grafisch darzustellen und im Anschluss zu erläutern (visuelle Methode RE-InVEST-Toolkit).

Im zweiten Workshop (Schritt 4 und 5) stand die Arbeit an der individuellen Biografieschlange (RE-InVEST-Toolkit) im Mittelpunkt, bei der die Teilnehmenden gebeten wurden, die wichtigsten Ereignisse in den vergangenen zehn Jahren ihres Lebens chronologisch geordnet zu benennen und im Anschluss sich gegenseitig zu erzählen. In einer anderen Übung zur Vermittlung des theoretischen Rahmens wurden die Teilnehmenden gebeten, jeweils die drei wichtigsten Elemente eines guten Lebens auf eine Karte zu schreiben und der Gruppe zu erläutern, warum sie diese Elemente so wichtig finden. Die entstandene Liste wurde dann der Liste gegenüber gestellt, die Burchardt und Vizard (2011, 101) auf der Grundlage von Capability Ansatz und Menschenrechten entwickelt haben.

Im dritten Workshop (Schritt 5) wurde der Anschluss zu dieser Übung hergestellt, indem die Teilnehmenden gebeten wurden, einzuschätzen, inwiefern sie über die gelisteten Elemente eines guten Lebens im Moment verfügen und anzudeuten, ob sie für die Zukunft eine Verbesserung, Beibehaltung oder Verschlechterung ihrer Situation erwarten. Im Anschluss daran wurde die „große Schlange“ (RE-InVEST-Toolkit) gemeinsam erarbeitet, bei der die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen der letzten zehn Jahre in Salzburg, Österreich und der EU benannt und festgehalten wurden. Schließlich wurde als zentrale Methode der Datenerhebung ein biografischer Erzählkreis durchgeführt, bei dem drei Betroffene sich bereit erklärten, ihre Geschichte anhand von einzelnen Erlebnissen detailliert zu erzählen. Die anderen Gruppenmitglieder hörten zu, beobachteten und hatten im Anschluss die Möglichkeit, die Erzählungen zu ergänzen und ihre Beobachtungen mitzuteilen.

In einem vierten Workshop wurden die Ergebnisse besprochen und mit den Teilnehmenden abgestimmt (Schritt 6). Ferner hat die Gruppe als wichtigstes Thema die Arbeitsmarktpolitik identifiziert und darüber beraten, welche Aktion sie auf der Grundlage der Ergebnisse durchführen möchte (Schritt 7).

Partizipation als Partnerschaft in der Praxis bedeutet auch, dass die Verantwortung für die Planung und Entscheidungsfindung beim Forschungsprozess geteilt wird. Dies ist in Salzburg in Form einer Steuerungsgruppe geschehen (Abb. 2.3), bestehend aus den Forscherinnen des ifz, zwei Betroffenen, einem Vertreter der Partnerorganisation Bündnis Arbeit für Best Ager und Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Träger aus dem Bereich der Arbeitsmarktpolitik (insgesamt 7 Personen). Die Steuerungsgruppe begleitete den Forschungsprozess und die Methodenwahl, wodurch die Kontrolle der Beforschten über die Forschungsinhalte maximiert und sichergestellt wird, dass das, was sie sagen wollen auch in den Forschungsergebnissen vorkommt. Die NGO "Bündnis Arbeit für Best Ager" ist ein aktiver Partner im Projekt und eine wertvolle Quelle von Expertise und Hintergrundwissen.

3. Zwei ausgewählte Biografien

3.1 Biografie K.

„Bei uns ist praktisch wirklich alles auseinander gefallen. Die Firma weg, das Haus weg, die Existenz weg, der Sohn hat mit der Schule aufgehört und ich habe bei null wieder angefangen.“

Das Leben von K., so wie sie es kannte, ist während der letzten Jahre völlig zerbrochen. Im Jahr 2006 blickte sie noch sehr optimistisch in die Zukunft: Sie war seit 20 Jahren verheiratet, lebte mit Mann und ihrem damals 14-jährigen Sohn in einem großen Haus in einem schönen Stadtviertel in Salzburg und arbeitete in der Unternehmensberatungsfirma ihres Mannes mit, obwohl ihr das nicht übermäßig viel Spaß machte:

„Das Übliche: Hausfrauenjob, halbtags, Bürokraft, die niedrigen Tätigkeiten gemacht – aber es ist gegangen und der Firma ist es halbwegs gut gegangen.“

Sie kannte keine finanziellen Sorgen, obwohl die Selbständigkeit in der Beraterbranche sehr herausfordernd war. Ihr Sohn besuchte eine gute Schule und sie gingen davon aus, dass er nach seinem Abschluss, wie schon seine Eltern, studieren würde. K. konnte sich damals nicht vorstellen, dass sich ihr Leben noch grundlegend verändern könnte.

Ab 2005 begann sich die Auftragslage in der Consulting-Branche zu verschlechtern:

„Da hat es einen irrsinnigen Hype gegeben, jeder Zweite hat irgendein Consulting gehabt und gebraucht, und man hat wirklich Geld verdient damit, und dann als die Krise angefangen hat, hat man gemerkt, aba, die Geschäfte werden immer weniger, die Unternehmen wollen sich diese teuren Beratungsgeschichten nicht mehr so leisten, wie sie es früher gemacht haben. Und da habe ich festgestellt, dass das mit unserer eigenen Firma stetig bergab gegangen ist.“

K. ist jedoch rückblickend der Überzeugung, dass sie diese Herausforderung hätten meistern können. Ihr Ehemann kam mit der sich enorm verschärfenden Situation jedoch nicht mehr zurecht und begann, sich ab 2007 in Deutschland ein zweites Leben mit einer anderen Frau und einem zweiten Haushalt aufzubauen, von dem K. und der gemeinsame Sohn nichts wussten. 2009/2010 kam es zur Trennung und einem schlimmen Scheidungskrieg. Ihr Mann zog nach Deutschland zu seiner neuen Partnerin und ließ die Firma in Konkurs gehen. *„Von diesem Zeitpunkt an ist bei mir der Überlebenskampf losgegangen und hat nicht mehr aufgehört.“*

K.s jugendlicher Sohn fiel durch die Trennung und den Kontaktabbruch zum Vater in eine extreme Krise. Er begann, die Schule zu schwänzen und gab K. Mitschuld an dem Zerfall der Familie.

Ein Jahr danach musste das gemeinsame Haus verkauft werden, nachdem ihr Mann seine Unterhaltszahlungen an sie eingestellt hatte. Da das Haus mit sehr hohen Krediten belastet war, blieben ihr nach dem Verkauf nur wenige zehntausend Euro, die rasch für die Lebenshaltungskosten aufgebraucht waren.

„In guten Zeiten hat uns die Bank das hinten hineingestopft, drei Kredite gleichzeitig, es war alles leicht zu tilgen, und dann gehen die Geschäfte nicht mehr und dann stehst du da.“

Sie stand vor dem wirtschaftlichen Ruin, da sie auf einen Schlag ihr Haus, ihren Job in der Firma ihres Mannes und den Unterhalt verloren hatte und weiterhin für ihren Sohn und seine Privatschule aufkommen musste. Zwischen 2010 und 2012 musste sie vier Mal umziehen, immer in eine noch kleinere,

günstigere Wohnung. Nachdem alle Reserven aufgebraucht waren, musste sie beim Landesschulrat um Unterstützung ansuchen, um das Schulgeld für ihren Sohn bezahlen zu können.

„Die Schule für mein Kind zu finanzieren, also, das war das Letzte wo ich gezweifelt hätte, dass das jemals ein Thema werden würde.“

Daneben musste sie Sozialhilfe beantragen, um ihre Existenz zu sichern:

„2012 habe ich dann das erste Mal in meinem Leben um Sozialhilfe angesucht und dann habe ich erst gewusst, wo ich stehe. Und das war wirklich das schwarze Loch in Reinform. (...) Sozialhilfe, das beantragen doch nur die Assis. Ich komme aus einem akademischen Hintergrund und habe studiert und so weiter. Hilft mir das was? Gar nichts!“

Die Arbeitsmarktlage verschärfte sich in dieser Zeit zunehmend, insbesondere für ältere Arbeitssuchende. K. war gerade 50 geworden und schlug sich ab 2012 aus Mangel an Alternativen mit Gelegenheitsjobs und Saisonarbeit in der Gastronomie durch. Um Kosten zu sparen, hatte ihr Mann sie in seiner Firma während fünf Jahren nur geringfügig angemeldet. Für diese Zeit hat sie deshalb keine Pensionsbeiträge bezahlt und keine Pensionszeiten gesammelt, was ihr nun zum Problem wird.

„Ich hab jeden Gelegenheitsjob angenommen, den ich kriegen konnte. Und eben auch, wo geht das? In der Gastronomie. Weil ich war da gerade 50 geworden. Ich war damals schon zu alt für das Meiste. Und für die meisten. (...) und hab dann einfach systematisch in der Gastro alles abgeklopft, was ging. Aber das sind immer nur (zeitlich) limitierte Geschichten. Also, das waren Saisongeschichten, etc. Und das blieb eigentlich die ganze Zeit so.“

Es war für K. eine große Überwindung, eine Sommersaison dort als Servicekraft zu arbeiten, wo ihre ehemaligen Nachbarinnen und Nachbarn des schönen Salzburger Luxus-Stadtviertels ihre Freizeit verbrachten: *„Das war eine Mutprobe für mich.“*

Ihr Freundes- und Bekanntenkreis bot ihr keine Unterstützung, da die meisten mit ihrer veränderten Lebenssituation nicht zurechtkamen:

„(...) und dann musst du aufpassen auch noch, weil du schockierst sie ja, wenn du ihnen die Wahrheit sagst, dass du eigentlich komplett am Boden bist, knapp vor unter der Brücke, dann schockierst du sie.“

Als Folge ist sie aus ihrem gesamten sozialen Bezugsrahmen gefallen und fühlte sich als „nicht lebensfähige Frau“ abgestempelt, die wohl unter der Brücke oder in der „Klapse“ landen würde.

„Mein komplettes soziales Umfeld, meine Familie ausgenommen, hat sich komplett ausgetauscht. Aus meinem früheren Freundeskreis gibt es niemanden mehr.“

Ihre Identität und Selbstachtung waren völlig erschüttert. Zwischen 2011 und 2013 hatte sie eine massive Belastungsdepression, weshalb sie intensive Psychotherapie machen musste und viele Krankenstandszeiten hatte. Gleichzeitig versuchte sie weiterhin, so wenig Zeit wie möglich arbeitslos zu sein. Sie konnte ab 2012 für ein Jahr lang bei ihrem Bruder einige Stunden als Bürokraft arbeiten, um, wie sie es ausdrückte *„überhaupt irgendwas zu tun, um eine Daseinsberechtigung zu haben vor allen Institutionen“*. Ihr Bruder musste die Firma aus finanziellen Gründen dann jedoch aufs Land verlegen, wodurch sie auch diese Beschäftigung wieder verlor.

2012 und 2013 war der absolute Tiefpunkt erreicht. In dieser Zeit hat K. auch noch ihre zwei besten Freunde durch deren Tod verloren. Auf Initiative ihres Bruders wurde sie 2013 in eine psychiatrische Klinik eingewiesen und musste dort sechs Wochen verbringen. Diese Erfahrung des Autonomieverlusts durch Zwangstherapie möchte sie nie wieder erleben und hat sich selbst geschworen, dies zu verhindern. Sie empfand, dass auch die Ärztinnen und Ärzte dort nicht wirklich auf sie eingegangen sind.

K.s Sohn verließ 2014 das Gymnasium ohne Abschluss und ging zum Bundesheer.

„Mein Sohn hat die Schule dann geschmissen, und hat sich beim Heer verpflichtet für die nächsten Jahre. Weil da verdient er wenigstens Geld. (...) Der hätte studieren wollen, natürlich. Auch wenn er schlecht in der Schule war, aber er hätte die Matura schon gepackt. Aber unter diesen Voraussetzungen, ich kann ihm nicht mal ein Studium finanzieren. (Lachen) Schule adé. Umso leichter ist ihm der Abgang dann gefallen.“

Er ist aktuell an der österreichischen Grenze im Einsatz, wo täglich hunderte Flüchtlinge ankommen. K. macht sich Sorgen um ihren Sohn, da er erst Anfang 20 ist und für diese Tätigkeit, insbesondere die psychologischen Herausforderungen, ihrer Einschätzung nach nur unzureichend ausgebildet ist.

Die Konsequenzen ihrer Probleme für ihren Sohn belasten sie besonders: „*Du machst dir ewig Vorwürfe, dass du unfähig bist, als Mutter, mit sowas rechnest du ja nicht.*“ Auch ihre Eltern leiden bis heute an ihrer Situation und der ihres Enkels. Gleichzeitig muss sie sich um ihre Eltern kümmern, da beide Eltern pflegebedürftig sind, insbesondere ihre Mutter, die unter einer fortschreitenden Demenz leidet. Sie hat während der letzten Jahre schon mehrmals Pflegekarenz beansprucht und wird für ihren Vater nun nochmal Pflegekarenz beantragen. Obwohl sie die Pflege ihrer Eltern gern übernimmt, belastet sie die weitgehend fehlende gesellschaftliche Anerkennung für diese Tätigkeit.

Die Interaktion mit staatlichen Institutionen erlebte sie als überwiegend unangenehm und wenig kooperativ.

„(...) du kommst auf keinen Fall gestärkt aus solchen Institutionen heraus, das ist meine Erfahrung. Vielleicht ist es anderen besser ergangen, aber mir hat das jedes Mal (Lachen) eigentlich noch einen Tritt ins Knie gegeben.“

Insbesondere ihre psychischen Vermittlungshindernisse wurden nicht konstruktiv berücksichtigt, sondern mit dem simplen Vorschlag, eben nicht Vollzeit zu arbeiten, abgetan.

„Die sind ja da unsensibel, das ist halt ihnen wurscht, ob du ein psychisches Belastungssyndrom hoch drei hast. Ich hab von meiner Ärztin weiß Gott was für Atteste bringen können, da ist drauf gestanden, sie leidet seit Jahren an einem depressiven Belastungssyndrom der feinsten Sorte, das ist denen beim AMS [Arbeitsmarktservice] wurscht.“

Sie fühlte sich auf sich allein gestellt und vermutet, dass die Zuständigen in den Behörden ebenso wie sie selbst von ihrer Situation überfordert waren, da so viele „Baustellen“ (Existenzsicherung, Arbeit, Gesundheit, Familie) zeitgleich zu bearbeiten waren.

„Man schickt dich im Kreis, keiner ist für dich zuständig, du musst dir deinen Weg schlussendlich wirklich selbst suchen und dranbleiben bei allen Instanzen und du musst dir das Szenario, das für dich persönlich am besten passt, auch selbst zuschneiden.“

Die Wirtschaftskrise hat sie rückblickend als schleichenden Prozess erlebt, in dem alle bis dahin bestehenden Gewissheiten ins Wanken geraten sind und ihre „heile Welt“ nach und nach zerbrach:

„(...) politisch, wirtschaftlich, was sich auch weit weg von mir abgespielt hat bis hin zu meinen ganz privaten Problemen. Blauäugig. Das hätte ich alles nie für möglich gehalten. Was da in diesen Jahren auf uns zugerollt ist. Also jetzt jeden Einzelnen von uns betreffend, sowohl, wie auch, die ganze EU-Krise, die Wirtschaft, diese Flüchtlingsgeschichten. Nie, niemals im Leben hätte ich gedacht, dass mein Kind einmal da steht an der Grenze und die Flüchtlinge beruhigt.“

Was ihr geholfen hat, um wieder auf die Beine zu kommen, war eine einmonatige Auszeit im Jahr 2014. Sie reiste nach Indien, wo sie noch alte Freunde hat und diese bauten sie wieder auf, indem sie ihr versicherten, dass sie das schaffen würden. Zurück in Salzburg traf sie P., einen alten Schulfreund, wieder und begann, sich mit ihm in einem Bündnis für Arbeitssuchende 45+ zu engagieren, wo sie Ideen und Ziele entwickeln, um die Arbeitsmarktchancen für „Best Ager“ zu verbessern. Dadurch hat sie erst festgestellt, dass es nicht nur ihr so geht. So konnte sie die Scham über ihre Situation überwinden und wieder Mut schöpfen.

Die Belastungsdepression ist noch immer nicht ganz überwunden, da sie jeden Monat wieder um ihre Existenz bangen muss. Aktuell hat sie jedoch das Gefühl, dass es langsam wieder bergauf geht.

3.2 Biografie L.

„2008 war diese Lehman-Brother-Geschichte und seit dem es geht einfach bergab.“

L. war 18 Jahre lang bei einem internationalen, mehrheitlich im Familienbesitz befindlichen Konzern im Kosmetikbereich tätig. Als Vertriebsleiterin für zwei Länder war sie in einer gut bezahlten, anspruchsvollen Position. L. war einige Jahre alleinerziehende Mutter, lernte dann ihren aktuellen Lebensgefährten kennen und bekam 2007 noch ein Kind.

Schon Ende der 1990er Jahre kam es zu umfassenden Kostenreduktionen durch Outsourcing verschiedener Bereiche, um Niederlassungsschließungen in Österreich zu vermeiden, da die Konzernlinie vorgab, dass nicht rentable Filialen aufgelassen werden.

Die Wirtschaftskrise hat ihr Unternehmen ab 2008 spürbar getroffen. Durch Kaufzurückhaltung kam es zu starken Umsatzrückgängen. L. bringt dies damit in Zusammenhang, dass Kosmetika eher zu den „Luxusprodukten“ zählen, bei denen man zuerst einspart. Da die Produkte ihres Unternehmens sich im mittleren Preissegment bewegten, wechselten viele Kundinnen und Kunden zu noch günstigeren Produkten.

Als Folge setzte das Unternehmen auf umfassende Sparmaßnahmen, die zu einer spürbaren Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führten. So wurde beispielsweise für Überstunden durch Dienstreisen kein Zeitausgleich mehr gewährt und der Standard bei der Hotelunterbringung deutlich gesenkt. Die Jahresziele in Form von Umsatz und Deckungsbeiträgen, an deren Erreichung die variablen Gehaltsbestandteile geknüpft waren, wurden so hoch angesetzt, dass sie nicht erreichbar waren. Ab 2007 wurde auch nur mehr der Lohnanteil nach Kollektivvertrag erhöht, die Überzahlungen nicht mehr, wodurch die jährliche Gehaltserhöhung von L. ab dann immer weit unter der Inflation lag.

„Wenn es jetzt 60 Stunden Arbeitszeit durch Dienstreisen waren, hat es keinen Zeitausgleich mehr gegeben, das geht natürlich dann auf die eigene Substanz.“

Während in anderen Bereichen die Umsätze und Gewinne schon seit 2008 stark sanken, wurden in L.s Abteilung noch bis 2011 steigende Umsätze und Deckungsbeiträge erzielt. Die Krise traf sie und ihr Team im Konzern nach ihrer Aussage „schleichend“, da sie anfangs nur von den konzernweiten Sparmaßnahmen betroffen waren, jedoch selbst noch keine Einbrüche zu verzeichnen hatten. Zwischen 2011 und 2013 konnte ihre Abteilung trotz stagnierender Umsätze die Deckungsbeiträge noch steigern. Erst 2014 kam es dann zum totalen Einbruch.

„2009 haben wir unsere Umsätze noch gesteigert und dann [haben] wir durch sehr brutale Sparmaßnahmen die Deckungsbeiträge noch einmal erhöht, also trotz sinkender Umsätze mehr Gewinn gemacht in meiner Abteilung. Brutale Sparmaßnahmen sage ich insofern, ich war ja zuständig für externe Call-Center, die ich über 15 Jahre betreut habe, ich habe die Mitarbeiter alle gekannt, ich habe gewusst, dass wir da seit 15 Jahren nichts mehr drauflegen. Also, es haben die Mitarbeiter abbekommen, die über 15 Jahre keine Lohnerhöhung mehr bekommen haben, immer nur mehr Druck.“

Die Call-Center für den Vertrieb, für die L. zuständig war, waren schon seit 2001 an externe Dienstleister ausgelagert worden. Die Telefonistinnen und Telefonisten waren überwiegend als freie Dienstnehmer beschäftigt, weswegen das Arbeitsrecht und Kollektivverträge bzw. Mindestlohntarife für sie nicht zur Anwendung kamen. Dadurch war es möglich, ihre Entlohnung stagnieren zu lassen. Mit den Sparmaßnahmen ging also ein permanenter Anstieg des Kosten- und Arbeitsdrucks einher. Im oberen Management wurden neue „Krisenmanager“ eingesetzt, die die Zahl der Beschäftigten reduzierten und gleichzeitig die operativen Ziele ständig erhöhten, wodurch sich die Rahmenbedingungen für wirtschaftlichen Erfolg und gute Arbeitsbedingungen weiter verschlechterten.

„(...) dieser Druck und ohne Budget, also ohne Geld in der Hand kannst du auch immer weniger machen. Es ist nur noch eine Zitrone auspressen bis zum Geht-Nicht-Mehr. (...) ich hab dann auch über die Jahre immer weniger verdient durch die variablen Bestandteile, was dann natürlich im Vertrieb auch keine Motivation mehr ist. Du hast jedes Jahr mehr und mehr Arbeit, noch mehr Reisen, noch mehr Rennereien, noch mehr Druck (...)“

L. war als Führungskraft in einer schwierigen Situation. Sie stand nicht nur selbst unter hohem Druck, sondern musste diesen auch an die externen Telefonistinnen und Telefonisten weitergeben. Es ging um immer höhere Leistungsanforderungen und Sparmaßnahmen, die von der Reduktion von Schulungsmaßnahmen über Auslagerungsüberlegungen bis zu Kündigungen reichten.

„Dann waren schon Ideen, wir sollen in der Ukraine telefonieren lassen und in Polen, es ist immer unmöglicher geworden.“

Den von ihr als unfair empfundenen Kurs den Callcenter-Teams gegenüber musste sie dennoch mittragen, bemühte sich jedoch konzernintern um ausgewogene Lösungen bei Kündigungen, im Gegensatz zur vorherrschenden Konzernpraxis:

„Mein letzter direkter Vorgesetzter tat sich immer gerne damit hervor, Kollegen per fristloser Entlassung 'budgetschonend' zu entfernen. (...) Anderen die ganze Zeit das Hackl ins Kreuz zu bauen, dass man sich dann tolle 10.000 Euro auf Kosten anderer Menschen spart, mit dieser Mentalität im Konzern, habe ich nicht gekonnt.“

Diese Mentalität charakterisiert sie durch eine besonders einprägsame Erinnerung:

„‘Hat er/sie einen Blumenstrauß bekommen’, war der interne Jargon für Kündigung, weil ein bei den Mitarbeitenden sehr geschätzter und engagierter Abteilungsleiter wenige Tage nachdem er für seine 25-jährige Treue geehrt wurde (u.a. mit Blumen) die Kündigung und sofortige Dienstfreistellung erhielt.“

L. hatte nicht den Mut, zu kündigen, da sich mittlerweile die Arbeitsmarktlage stark verschlechtert hatte.

„Ich hätte die ganzen Jahre kündigen können, das stimmt. Aber, wie hat es ausgesehen am Arbeitsmarkt? Und das hat mich überhaupt in diesem ungesunden Zustand dort gehalten – die prekäre Situation am Arbeitsmarkt.“

Deshalb arbeitete sie weiter, bis sie Ende des Jahres 2014 an einem Burn-Out Syndrom erkrankte. Nach acht Wochen im Krankenstand wurde sie, nach 18 Jahren Betriebszugehörigkeit, fristlos entlassen. Als Kündigungsgrund wurde ein kleiner Fehler „vorgeschoben“, der jedoch schon ein halbes Jahr zurücklag und dem Unternehmen nur einen geringen Schaden zugefügt hatte. Dieses Vorgehen empfand sie laut ihren eigenen Worten als „Ohrfeige“. Im Nachhinein ist sie aber froh, dass sie dadurch diesem „Hamsterrad“ entkommen ist.

„Ich bin da wirklich reingestoßen worden. Für mich war das natürlich ein wahnsinnig schlimmes Jahr, das Jahr 2015, aber letztlich bin ich jetzt gut da ausgestiegen. Ich hätte es so oder so tun müssen, da einmal rauszugehen, weil irgendwann hätte es mich wirklich in den Wahnsinn getrieben.“

Ihr gesundheitlicher Zustand war anfangs sehr schlecht, sie war psychisch in einer tiefen Krise:

„Also, wenn man mich vor einem halben Jahr gesehen hätte, ich war wirklich komplett am Ende. Vor einem halben Jahr wäre ich nicht im Stande gewesen, dass ich eine Bewerbung schreibe, ich hätte auch gar nicht da herkommen können. Bei mir war der Ofen aus. Ende. Ich wollte nichts mehr tun. Es war so ein Loch.“

Unterstützung erfuhr sie besonders durch eine Ärztin, die auf ihre Lage einging, sich Zeit für sie nahm und sie auch an eine ambulante gruppentherapeutische Einrichtung für Burnout-Betroffene vermittelte. Diese Gruppe besuchte sie sechs Wochen lang und konnte dort durch die strukturierten Aktivitäten, psychologische Unterstützung und das Zusammensein mit anderen Betroffenen wieder Kraft schöpfen.

„Und dass ich eine sehr gute Ärztin gehabt habe, die mich auch mental immer unterstützt hat, die ganze Zeit. Bei ihr war ich alle 3 Wochen. (...) das war meine größte Stütze in der Zeit, diese Ärztin. Wobei ich sagen muss, das war auch eine Wahlärztin, [das] spielt wahrscheinlich auch eine Rolle, dass sie [sich] so viel Zeit für mich nehmen konnte.“

Den Kontakt zu öffentlichen Institutionen, wie dem Arbeitsmarktservice (AMS) und der Krankenversicherungsanstalt, versuchte sie soweit möglich zu vermeiden, da sie eher negative Erfahrungen gemacht hatte:

„Sie [ihre Wahlärztin] hat mich ein bisschen geschützt vor der Gebietskrankenkassa. Ich meine, zu dem Termin immer hinzugehen, ist mir nicht erspart geblieben. Da gibt es sehr verständnisvolle [Ärztinnen und Ärzte], die sehr nett mit einem reden und auch beraten, und dann gibt es welche (...) bei einer, da bin ich zwei Mal in Tränen ausgebrochen.“

Auch bezüglich des Arbeitsmarktservices (AMS) hatte sie in der Burnout-Gruppe von vielen negativen Erfahrungen gehört: *„Patienten, die wurden halt arbeitslos, waren beim AMS und das AMS hat ihnen den Rest verpasst.“*

Da ihr Lebensgefährte weiterhin berufstätig war, führte L.s Kündigung nicht zu drastischen finanziellen Nöten. Das Krankengeld in Höhe von 60 % ihres früheren Einkommens reichte jedoch nicht aus, um ihre Fixausgaben auf dem bis dahin bestehenden Niveau zu halten. Als Folge kündigte sie Zusatzversicherungen und reduzierte ihre Konsumausgaben. Ihre Ersparnisse wandte sie dafür auf, die finanzielle Unterstützung für das Studium ihrer Tochter aufrechtzuerhalten.

„Ich hab ja noch eine erwachsene Tochter, die studiert. Ich habe ihr immer Unterhalt gegeben, auch in der Zeit [der Arbeitslosigkeit], aus Rücklagen. Das ist auch ein wichtiger Punkt für die Lebensqualität für mich als Mutter. Ich meine, ich habe dieses Kind so weit gebracht und dann so kurz vor dem Ziel zu sagen, ich kann dir jetzt deinen Unterhalt nicht mehr zahlen, sowas tut einem weh. Aber das versteht keiner. Weil jeder sagt, das Mädchen ist ja 23, die kann eh arbeiten. Was finanzieren Sie denn der das? Wo ich sagen muss, sie ist eh Werkstudentin, ja. Aber diese Unterstützungen zu geben, mir ist das wichtig.“

L. war es ein großes Anliegen, die Folgen ihrer Arbeitslosigkeit von ihren Kindern fernzuhalten: *„Das ist nämlich oft der schlimmste Punkt, den Kindern das Leben zu ermöglichen. Selbst schraubt man eh zurück.“*

Abgesehen von ihrer beruflichen Situation hatte die EU-Wirtschaftskrise noch in einem weiteren Lebensbereich spürbare Auswirkungen auf L. Da ab 2009 die Preise für Immobilien in Salzburg extrem gestiegen sind, konnten sie und ihr Ehemann sich bis heute keine Wohnung kaufen, wie ursprünglich geplant war. *„Ich [bin] heute noch in der Wohnung, wo ich eigentlich schon lang nicht mehr sein wollte. Weil es nicht möglich ist, was Adäquates zu finden.“*

Das Ausmaß der Preissteigerungen bei Immobilien hat sie selbst an einem Beispiel mitbekommen: eine von L. und ihrer Familie fast gekaufte Eigentumswohnung, wurde innerhalb von drei Jahren um mehr als 60 % teurer:

„Wir haben 2008 einen Vertrag unterschrieben für eine Wohnung, ein Neubau, Bauträgervertrag mit 340.000. Und ich hab dann einfach kalte Füße gekriegt. Also, wir haben schon Eigenkapital gehabt, aber 200.000 hätten wir Schulden gehabt, und ich habe dann geschaut, dass wir diese Wohnung wieder loskriegen und die ist dann drei Jahre später mit 550.000 über den Tisch gegangen, dieselbe Wohnung, also, bei dem, der sie uns abgenommen hat, damals. Also, von 340 auf 550. Und 340 war für mich schon so eine irre Summe.“

Die Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen auf ihr Leben hätte L. sich noch vor rund zehn Jahren nicht im Geringsten vorstellen können:

„2007 bin ich ja nochmal Mama geworden, da hätte mir ich nie träumen lassen, dass sich das so entwickelt. Es war ja 2008 diese Lehman-Brother-Geschichte und seitdem geht es einfach bergab. Ich meine, ich habe nie gedacht, dass ich bei [Arbeitgeber] alt werde. Stress-Symptome habe ich schon damals gehabt. [Aber] ich habe mir gedacht, ich werde immer locker einen Job finden, und wenn, dann einen besseren. Also, so hab ich mir das nie erträumt.“

Die prägendste Erfahrung aus dieser Zeit ist das dauerhafte Wegfallen von Sicherheiten und Gewissheiten, auf die sie bis dahin vertraut hatte:

„Die Erfahrung ist für mich, dass du auf so dünnem Eis stehst. Solange du einen Job hast, hast du ja alles. Es ist alles prima. Aber sobald das wegfällt, brichst du ein. Das ist einfach so schrecklich. Außer man hat Rücklagen, hat geerbt oder so, ok. Aber Rücklagen bilden ist ja auch immer schwerer geworden. Also, wenn ich jetzt sehe, das Leben meiner Eltern vergleiche und meines, die haben sich ja wirklich aus dem Nichts eine Eigentumswohnung kaufen können. Das kann meine Generation nicht.“

Während sie vor ihrer eigenen Arbeitslosigkeit viele politische und gesellschaftliche Probleme kaum wahrnahm, hat sich ihr Bewusstsein für diese Themen durch ihre eigenen Erfahrungen stark verändert.

Die Folgen der Wirtschaftskrise schätzt sie als langfristig negativ ein, insofern als jede und jeder stärker für sich selbst verantwortlich sei und es weniger Sicherheiten gebe. Durch ihr Alter (L. ist 44 Jahre) fühlt sie sich jedoch körperlich nicht mehr so gut in der Lage, unter diesen intensivierten (Arbeits)bedingungen zu bestehen:

„Mit dem hat man nicht gerechnet. Wenn das schon in jüngeren Jahren so gewesen wäre, dann hätte ich vorgesorgt, als ich jung und noch voller Tatendrang war, da hätte ich mich vielleicht noch mehr angestrengt. Mehr gescheffelt.“

Ihr gesundheitlicher Zustand hat sich mittlerweile stark verbessert. Um einen Rückfall zu vermeiden, besucht sie regelmäßig eine Burnout-Gruppe. Ihre Suche nach einem neuen Arbeitsplatz war mittlerweile trotz weiterhin steigender Arbeitslosenzahlen erfolgreich: seit Beginn des Jahres 2016 ist sie für eine staatliche Institution tätig. Die Arbeitsbedingungen (Aufgabenbereich, Arbeitsvolumen, Arbeitszeiten und Klima im Team) schätzt sie als sehr gut ein. Einzige Ausnahme ist die Bezahlung: in der neuen Position verdient sie um deutlich weniger als in ihrem früheren Job.

4. Analyse

Die Analyseergebnisse wurden in einer letzten Sitzung mit den Betroffenen diskutiert. In einer ersten Runde ging es um (1) die Krise und den Arbeitsmarkt, in einer zweiten Runde um (2) Arbeitslosigkeit, Arbeitssuche und die sozialen Folgen. Anschließend wählten die Teilnehmenden die ihrer Einschätzung nach gravierendsten Themen bzw. Veränderungen während der letzten Jahre aus. Beim Thema Krise und Arbeitsmarkt wurde die Arbeitsmarktpolitik, insbesondere die Tätigkeit des Arbeitsmarktservice (AMS) als zentrales Thema hervorgehoben (5.2). Kritikpunkte beziehen sich auf die Servicequalität, die Wahrung der Rechte der Betroffenen sowie das Fehlen einheitlicher und transparenter Standards hinsichtlich der Betreuung durch AMS-Mitarbeitende. Beim zweiten Thema hoben die Teilnehmenden den Verlust sozialer Anerkennung (5.3.3) und die abnehmende Problemlösungskompetenz der Politik (5.3.4) als wichtigste Punkte hervor, außerdem die zunehmende Sichtbarkeit von (absoluter) Armut in Salzburg (5.1). Schließlich betonten sie die Bedeutung von Resilienzfaktoren bei der Bewältigung der Situation der Arbeitslosigkeit (5.4).

4.1 Welche Krise?

Wie bereits die Schilderung des nationalen Kontexts in Abschnitt 2 zeigt, traf die Krise in Folge der geplatzten Immobilienblase in den USA und der darauf folgenden Bankenkrise Österreich nicht mit derselben Wucht wie andere europäische Staaten. Daher hat sich das Krisenjahr 2008 nicht als markanter Wendepunkt in die individuellen Biografien eingebrannt, sondern wird als Teil eines „schleichenden Prozesses“ (vgl. Abschnitt 4.2) gesehen, der bereits viel früher eingesetzt hat. Während Hermann und Flecker (2015) den Anfang beim Einsetzen der Austeritätspolitik 1987 sehen, nennt die Fokusgruppe sowohl die wirtschaftlichen Probleme in den 1990ern, die durch den EU-Beitritt von Österreich 1995 einerseits abgemildert worden seien, andererseits aber hätte der EU-Beitritt durch den Anpassungsdruck neue Probleme mit sich gebracht. Ferner nennen sie noch die IT-Blase zu Beginn der 2000er Jahre und unterscheiden verschiedene Krisen am aktuellen zeitlichen Rand: Immobilienblase, Bankenkrise und Bankenrettung, Verschuldungskrise, Griechenland-Krise und schließlich die aktuelle Flüchtlingskrise.³

In den Lebensgeschichten der Mitglieder der Fokusgruppe findet sich die Krise von 2008 dennoch insofern wieder, als dass K. (Abschnitt 4.1) in der Beratungsfirma ihres Mannes tätig war und in der sinkenden Auftragslage einen Auslöser auch ihrer persönlichen Schwierigkeiten sieht. L. (Abschnitt 4.2) arbeitete in der Kosmetik-Branche, die zum produzierenden Gewerbe und damit zu einer betroffenen Branche gehört. Sie schildert eindrücklich, wie die sinkenden Absatzzahlen infolge der Krise den Leistungsdruck innerhalb der Firma erhöht haben. Schließlich haben auch zwei Teilnehmer in einer Branche gearbeitet, die von der Krise unmittelbar betroffen war, nämlich bei Leiharbeitsfirmen. H. und M. verfügen beide über eine gute praktische Ausbildung im technischen Bereich. Vor 2008 war die Beschäftigung bei Leiharbeitsfirmen für manche attraktiv, wurde doch für die nötige Flexibilität von Leiharbeitern eine Prämie gezahlt. Doch die Arbeitsbedingungen sind seit der Krise schlechter, die Löhne niedriger. Für H. war die Tätigkeit bei Leiharbeitsfirmen Teil einer Abwärtsspirale seiner Beschäftigung: Nach Verlegung seiner Firma ins Ausland fand er 2005 wieder eine unbefristete Arbeitsstelle in seinem Bereich, doch auch diese Firma ging in die Insolvenz. In dieser Situation war die Leiharbeit eine attraktive

³ Dass die Teilnehmenden der Fokusgruppe mit dieser Wahrnehmung von vielen Krisen nicht allein sind, zeigte die Frage eines Kollegen bei Vorstellung des Projekts RE-InVEST auf der Konferenz „Well-being Forschung in Österreich“ am 15.2.2016, welche Krise gemeint sei, ob es die von 2008 sei.

Alternative: „Die haben nicht schlecht gezahlt, weil das war ja mein Beruf – zwar nicht das, was ich mal gehabt habe ...“. Doch unklare Vereinbarungen zwischen Leiharbeitsagentur und den Unternehmen, wo die Leiharbeiter eingesetzt wurden, führten immer häufiger zu Lücken in der Beschäftigung:

„(...) da habe ich angefangen am Montag und am Dienstag hat er gesagt, am Mittwoch brauche ich nicht mehr kommen. ... Bei der Zeitarbeitsfirma bist du ja draußen, ... da wirst du ja gleich wieder gemeldet beim AMS. ... Da sagt mir der [AMS-Berater]: Wieso sind Sie denn jetzt schon wieder entlassen?“

Eine wirkliche Kündigung hat er nie erhalten, denn er war immer kürzer als ein Jahr bei den Zeitarbeitsfirmen beschäftigt. 2011 hat er ein Jahr lang im Sicherheitsbereich gearbeitet. Seit 2012 arbeitet er wieder hier und da bei Zeitarbeitsfirmen. Seit kurzem ist er bei einer Sicherheitsfirma geringfügig beschäftigt – und würde das auch in Vollzeit machen.

Auch weitere Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt, die im Abschnitt 2 auf der Grundlage von Daten und politischen Analysen aus der Literatur geschildert wurden, haben ihre individuellen Entsprechungen in den Lebensläufen der Mitglieder der Fokusgruppe. Zusammenfassend meint einer der Teilnehmenden: „Die (Arbeits)welt ist aus den Fugen geraten, aber keiner wehrt sich.“

Im Einzelnen schildert eine Teilnehmerin (L.), dass von 2002 bis 2012 sich Lohnsteigerungen nur im Rahmen der Kollektivverträge realisiert haben. Anders als in früheren Jahren gab es keine Bonuszahlungen mehr und wurde der individuelle Satz nicht weiter angepasst, was zu stagnierenden Reallöhnen führte. Auch bezüglich der Entwicklung der Arbeitsstunden haben L. und auch Z. auf ihren Stellen erlebt, wie einerseits Beschäftigte abgebaut wurden und andererseits Druck auf die verbliebenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgeübt wurde, unbezahlte Überstunden zu leisten. Ab dem Jahr 2000 verbreiteten sich sogenannte All-inclusive-Verträge, die vorsehen, dass Überstunden mit dem Gehalt pauschal abgegolten sind. Die Verträge sehen weder einen Zeitausgleich noch eine besondere Vergütung der Überstunden vor.

Als Leiterin von Callcentern hat L. ferner erlebt, wie das Risiko von Seiten der Unternehmen auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgewälzt wurde, indem die Arbeit aus dem Konzern ausgelagert wurde und den Mitarbeiterinnen keine festen Verträge angeboten sondern sie als „freie Dienstnehmerinnen“ eingestellt wurden. Diese Verträge sehen zwar Leistungen der sozialen Sicherung (Pensions-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung) vor, jedoch kommen das Arbeitsrecht und Kollektivverträge bzw. Mindestlohntarife für sie nicht zur Anwendung und die vereinbarten Honorare entsprechen oft nicht der geforderten Leistung. Insofern ist dies eine Form der Prekarisierung (Kraemer 2009). In diesem Zusammenhang ist das in Abschnitt 2.1 geschilderte Ringen der Sozialpartner um mehr Flexibilität bzw. bessere Verteilung der Arbeit auf mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sehen.

All diese Veränderungen haben sich durch die Krise intensiviert. Auch wenn Hermann und Flecker (2015) sagen, die Krise habe sich recht schnell in eine Arbeitsmarktkrise gewandelt, hat sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit erst seit 2013 spürbar verstärkt. „Der Kampf um die Arbeitsplätze wird härter, die Bewerber verkaufen sich unter Wert, akzeptieren jeden Lohn.“ Die Arbeitslosigkeit ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen, stimmt die Fokusgruppe der deutschen Soziologin Nicole Burzan (2009) zu.

Die aktuelle Flüchtlingskrise wird von der Fokusgruppe im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt einerseits als Ursache für eine weitere potentielle Anspannung der Lage gesehen, weil die Flüchtlinge auf den Arbeitsmarkt drängen. Andererseits werden die positiven wirtschaftlichen Effekte der Flüchtlingskrise gewürdigt: Für die Betreuung, die Versorgung, die Unterbringung und Qualifikation sind jeweils viele Arbeitskräfte im sozialen Bereich, aber auch im öffentlichen Sektor, im Bundesheer und Bausektor und bei privaten Bildungseinrichtungen nötig.

Auch in anderen Bereichen ist die Krise persönlich erfahrbar: Zwar sind die Immobilienpreise in Salzburg bereits seit dem EU-Beitritt gestiegen, doch seit 2008 hat sich der Preisanstieg nochmals verstärkt. Dies haben auch die Teilnehmenden aus dem Projekt zu spüren bekommen, sofern sie entweder eine Immobilie kaufen wollten – und davon dann wegen der unsicheren Arbeitsmarktlage wieder Abstand genommen haben wie im Falle von L. (Abschnitt 4.2) – oder weil sie sich nach einer neuen, preiswerteren Wohnung umschauchen mussten wie im Falle von K.

„In dieser reichen Stadt leben so viele am Limit aus den verschiedensten Gründen. Es kann so schnell gehen und man kann auf so viele verschiedene Weisen abrutschen.“

Zwar hat die Armut in Österreich durch die Krise statistisch nicht zugenommen (Abschnitt 2.1), aber zumindest in Salzburg ist sie sichtbarer geworden im Laufe der letzten 10 Jahre durch die Zunahme an Bettlerinnen und Bettlern (Dines u. a. 2015) und durch den Flüchtlingsstrom, der im Herbst 2015 seinen vorläufigen Höhepunkt fand. Die Teilnehmenden aus dem Projekt berichten, dass sie durch die eigene Betroffenheit sensibler geworden sind für soziale Probleme und sich stärker für Politik interessieren. Sie haben Angst um die eigene Zukunft, fragen sich, ob sie eine Pension bekommen werden. Sie sind aber auch um nachfolgende Generationen besorgt, halten deren Zukunftsaussichten für „perspektivlos“.

Fazit: Die Krise zeigt sich als schleichender Prozess, der sich auch in einem stärkeren Wettbewerb um Arbeitsplätze niederschlägt. Dadurch werden die Verwirklichungschancen der Einzelnen geschwächt.

4.2 Auf Arbeitssuche

Die Teilnehmenden am Projekt in Salzburg eint die Situation, dass sie im Alter von über 45 Jahren arbeitslos geworden sind und auf Arbeitssuche sind. Daher nehmen Erfahrungen, die sie in diesem Zusammenhang gemacht haben, einen großen Raum ein. Zum einen sind es Erfahrungen mit der Beratung und Förderung von Seiten staatlicher Stellen und zum anderen haben sie Veränderungen in der Arbeitswelt beobachtet.

Die wichtigste zuständige Stelle für Arbeitssuchende ist das Arbeitsmarktservice (im Folgenden AMS) in Österreich. Die Projekt-Teilnehmenden haben gemischte Erfahrungen gemacht: *„Die haben eine Spannweite, wie sie dich behandeln. Wenn du brav bist, lassen sie dich in Ruhe, wenn nicht, drangsalieren sie dich“*, ist H.s Erfahrung. Einige sind gut beraten worden, haben bspw. im Fall von gesundheitlichen Problemen erfahren, wo sie Unterstützung bekommen und wie sie am besten vorgehen. Die Teilnehmenden haben AMS-Beraterinnen und Berater erlebt, die engagiert sind und sich bemühen, ihrer Klientel zu helfen. Sie erzählen von kompetenten Beraterinnen, die verbindliche Auskunft geben können. Und von Beratern und Beraterinnen, die selbst deprimiert bzw. resigniert sind, weil sie nicht mehr für die Arbeitssuchenden tun können: *„Ich habe weder Jobs für Jüngere noch für Ältere“*. Sie erzählen jedoch auch von häufigen Wechseln in der Betreuung, die es nötig machen, den eigenen Leidensweg ein ums andere Mal zu erzählen. Sie erzählen davon, jungen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern des AMS gegenüber zu sitzen, die offenbar viele Programme und Regelungen nicht kennen und denen sie – die Arbeitssuchenden – erst einige Regelungen erläutern müssen bspw. den Bemessungsgrundlagenschutz⁴ (AMS 2015, 58) oder die Pflegekarenz⁵. Die Teilnehmenden haben durchgängig die Erfahrung gemacht, dass sie oft über Programme nur auf spezielle Nachfrage ihrerseits informiert wurden. Inwiefern dies eine gezielte Politik des AMS ist oder tatsächlich individuelles Nichtwissen der Grund für diese Beratungsmängel ist, lässt sich nicht feststellen. Mangelnde Information oder gar Fehlinformation untergräbt jedoch die Rechtssicherheit und verstößt damit gegen ein Menschenrecht.

Das Fehlen von substantiellen Mitspracherechten bei der Interaktion mit dem AMS wird ebenfalls problematisiert. So spreche man am AMS beim sogenannten Betreuungsplan von einer „Vereinbarung“, selbst wenn in Wirklichkeit häufig die AMS-Mitarbeitenden die Maßnahmen einseitig festlegen und den Klienten sagen, sie müssten diesen unterschreiben, um Arbeitslosengeld zu bekommen, obwohl dies rein

4 Der Bemessungsgrundlagenschutz besagt, dass zur Ermittlung der Höhe des Arbeitslosengeldes bei Arbeitssuchenden, die über 45 Jahre alt sind, das Entgelt herangezogen wird, das bei der ersten Arbeitslosigkeit nach Vollendung des 45. Lebensjahrs bezogen wurde. Arbeitssuchende in diesem Alter, verlieren also nicht den Anspruch auf ein höheres Arbeitslosengeld, wenn sie eine schlechter bezahlte Stelle annehmen als sie sie zuletzt innehatten.

5 Wer vom AMS Leistungen bezieht, kann sich davon für die Pflege eines Angehörigen ab der Pflegestufe 3 für bis zu 3 Monate abmelden, um die Absicherung über die Kranken- und Pensionsversicherung in Anspruch zu nehmen, siehe <http://www.ams.at/service-arbeitssuchende/finanzielles/leistungen/familienhospiz-pflegekarenz>.

rechtlich nicht der Fall ist. Informationen über die konkreten Rechte und Pflichten von Arbeitssuchenden gegenüber dem AMS sind offenbar oft unklar bzw. werden wohl auch des Öfteren nicht den gesetzlichen Grundlagen entsprechend kommuniziert. Auch der Begründungspflicht hinsichtlich der Zweckmäßigkeit von zugewiesenen Maßnahmen und Beschäftigungsprojekte bzw. der Ablehnung von Wünschen des Klienten, wird oft nur nachgekommen, wenn das von den Betroffenen energisch eingefordert wird.

Die Qualitätssicherung durch standardisierte Kundenzufriedenheitsbögen, wie es sie auch beim AMS gibt, hilft nicht weiter, denn es fehlt die Möglichkeit, Kommentare einzufügen, gezielte und gleichzeitig geschützte Rückmeldungen zu geben und auf die Ergebnisse zugreifen zu können.

Insgesamt entsteht das Gefühl, kein Recht auf Arbeitslosenunterstützung zu haben – obwohl man doch für den Fall der Arbeitslosigkeit eingezahlt hat – sondern um Almosen bitten und daher auch einige Schikanen in Kauf nehmen zu müssen. Zu diesen Schikanen gehört es, das Stundenausmaß der zukünftigen Arbeit nicht frei wählen zu können. Man muss bereit sein, Vollzeit zu arbeiten und gegebenenfalls alle Aktivitäten, die man während der Arbeitslosigkeit begonnen hat, wieder aufzugeben. Diese **Aktivitäten** sind eine wichtige **Bewältigungsstrategie für den Umgang mit der Arbeitslosigkeit**. Sie strukturieren den Tag und erhalten so ein wichtiges Element der Arbeitsfähigkeit (Jahoda, Lazarsfeld, und Zeisel 2014; Bednarek-Gilland 2015). Schnell kommt die Rede von der „Arbeitsvereitelung“ auf, wenn die Arbeitssuchenden nicht bereit sind, Vollzeit zu arbeiten oder wenn sie wegen einer Weiterbildung (für die eventuell Kosten in Kauf genommen wurden) eine Woche lang dem Arbeitsmarkt gewissermaßen nicht zur Verfügung stehen. Dasselbe gilt für Aufenthalte jenseits der Landesgrenze, egal ob für Einkäufe, Familienbesuche oder Ausflüge: In diesem Fall müssen sie sich beim AMS abmelden und erhalten für den entsprechenden Zeitraum kein Arbeitslosengeld (außer sie melden sich noch am selben Tag auch wieder an). Insgesamt ist die Fokusgruppe gegenüber der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik „um jeden Preis“ kritisch eingestellt: Wäre es nicht sinnvoller, die wenigen, die nicht arbeiten können und/oder wollen, in Ruhe zu lassen und dafür diejenigen, die wollen, wirklich zu unterstützen?

Doch individuelle Betreuung ist eines der großen Probleme, die nicht nur in der Literatur angesprochen (Fink 2015a, 6), sondern auch von den Teilnehmenden aus der Fokusgruppe bemängelt werden. So zeigt der Fall von K. (Abschnitt 4.1), dass oftmals zur Arbeitssuche noch weitere Probleme kommen, für die andere Stellen zuständig sind: Sie musste die Unterhaltszahlungen ihres geschiedenen Mannes einfordern, Schulgeld für den Sohn beantragen, sich – wiederholt – preiswertere (und kleinere) Wohnungen suchen, Mindestsicherung für sich und Pflegegeld für ihre Eltern beantragen. Sie ist dabei von keiner Stelle beraten worden, in welcher Reihenfolge dies am besten zu geschehen hat und was es dabei zu beachten gilt. Da es wenig Datenaustausch zwischen den verschiedenen Stellen gibt, musste sie bei jedem neuen Antrag wieder ihren Leidensweg erzählen. Als positives Beispiel, dass individuelle Beratung auch in Österreich möglich ist, verweisen die Mitglieder der Fokusgruppe auf das Case-Management bei der PVA (Pensionsversicherungsanstalt) (Arbeiterkammer Wien 2014), wo ein individueller Versorgungsplan erstellt wird.

Insgesamt haben die Teilnehmenden immer wieder von positiven Erfahrungen berichtet, wenn es um Gesundheitsförderung geht: So wurde L. (Abschnitt 4.2) von ihrer Ärztin davor „bewahrt“, in der Zeit ihres akuten Burn-Outs zur AMS-Beratung zu gehen, weil sie fürchtete, diese sei ihr abträglich. Eine andere Teilnehmerin hat positive Erfahrungen mit der Reha-Abteilung des AMS gemacht, die ihr kompetent die Möglichkeiten aufgezeigt hat, sich zunächst um ihre Gesundheit zu kümmern, um sich dann wieder der Arbeitssuche zu widmen. Ein Teilnehmer wurde von Seiten seines Arztes auf das Programm „Fit2work“ aufmerksam gemacht, das unter Beteiligung verschiedener Stellen (auch der Pensionskassen) mit dem Ziel aufgelegt wurde, gesundheitlichen Problemen frühzeitig zu begegnen und die Arbeitsfähigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern möglichst zu erhalten. In seinem Falle war klar, dass er wegen eines Bandscheibenvorfalles seine bisherige Tätigkeit nicht mehr ausüben könnte. Bei „Fit2work“ wurde eine Analyse seiner Fähigkeiten und Interessen vorgenommen und schließlich eine neue Ausbildung gefördert, die er erfolgreich abgeschlossen hat. Dennoch musste er sich den Tests zur Belastbarkeit, die im Rahmen dieses Programms gemacht wurden, noch einmal beim AMS unterziehen,

weil dieses die Ergebnisse aus „Fit2work“ nicht anerkannt hat (Anfang 2013). Aktuell scheint das AMS aber selbst dieses Programm zu forcieren und hat es einer anderen Teilnehmerin dringend empfohlen, obwohl diese zurzeit mit ganz anderen Problemen zu kämpfen hat.

Die Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen durch das AMS wird insgesamt eher kritisch von den Teilnehmenden beurteilt: Zwar haben sie den Eindruck, dass durch die aktuell ansteigende Arbeitslosigkeit die Vergabe „sinnloser Kurse“ abnimmt und nun weniger Kurse angeboten, diese aber gezielter eingesetzt werden (dies entspricht auch der strategischen Neuausrichtung des AMS seit 2015, vgl. (orf.at 2015)), doch berichten sie von verschiedenen negativen Erfahrungen in dem Bereich: Mit „sinnlos“ bezeichnen sie solche Kurse, die standardisiert vergeben werden, ohne auf die bereits vorhandene Qualifikation der Arbeitssuchenden einzugehen, insbesondere Software-Schulungen und Bewerbungstraining (Fink 2015a, 12; Lechner und Wetzl 2015, 3; Riesenfelder und Wetzl 2009). Wenn die grundlegenden Kenntnisse im jeweiligen Bereich vorhanden sind und deshalb spezialisiertere Schulungen geboten wären (z.B. Schulung in einer aktuellen Lagerverwaltungs-Software wenn die Grundprinzipien der Lagerverwaltung bekannt sind), so wurde eine Förderung für derartige Schulungen nicht bewilligt, selbst wenn die Arbeitssuchenden nachweisen konnten, dass sie dann eine Chance auf eine bestimmte Stelle hätten. H. musste über ein Jahr mit dem AMS streiten, um einen kurzen, günstigen Kurs zu bekommen, den er als wichtig ansah. *„AMS – da brauche ich ja zwei Jahre, bis ich eine Schulung kriege!“*

Ferner berichten sie von unterschwelliger Altersdiskriminierung, wenn in der Beratung von Umschulungen und Fortbildungen mit dem Hinweis: „Das steht Ihnen nur im Weg.“ abgeraten wird und somit implizit angedeutet wird, dass eine solche Maßnahme als zwecklos und Überforderung in dieser Lage angesehen wird. Einer Teilnehmerin wurde auf die Frage nach einer bestimmten Weiterbildung beschieden, sie müsse erst zwei bis drei Jahre arbeitslos sein, bevor das AMS bereit sei, Weiterbildungen für sie zu fördern. Grundsätzlich gilt, dass bisher den Arbeitssuchenden nur in engen Grenzen eine Mitsprache bei der Auswahl der Weiterbildungsmaßnahmen gewährt wurde (Riesenfelder und Wetzl (2009) kommen zu etwas anderen Ergebnissen). Inwieweit der Eindruck zutrifft, dass das AMS seine diesbezügliche Strategie (weniger „Sinnloskurse“ aufgrund des knappen Budgets) verändert hat, bleibt abzuwarten.

Diesen Erfahrungen der Teilnehmenden entspricht, dass bei der Volksanwaltschaft, die in Österreich verfassungsmäßig für die Kontrolle der öffentlichen Verwaltung sowie den Schutz und die Förderung der Menschenrechte zuständig ist, im Jahr 2014 um 70 % mehr das AMS betreffende Beschwerden eingegangen sind als im Jahr davor. Diese betrafen Fragen nach der Rechtmäßigkeit von Zuweisungen zu (Kurz)kursen, die Qualität von Maßnahmen sowie die Kompetenz der AMS-Berater (derStandard.at 2015). Dieser Anstieg ereignete sich analog zur steigenden Zahl an Arbeitssuchenden und kann damit als indirekte Krisenfolge betrachtet werden. Die mangelnde Servicequalität ist insofern bereits als **Verstoß gegen die Rechtssicherheit und das europäische Grundrecht auf gute Verwaltung** anerkannt.

Zugleich haben die Mitglieder der Fokusgruppe die Erfahrung gemacht, dass Fort- und Weiterbildungen bei ihren Bewerbungen keine Rolle spielen: Von Arbeitgeberseite aus werden sie mit ihrer Erstausbildung identifiziert, auch wenn diese teils schon 30 Jahre zurück liegt. Eine Neuorientierung ist unter diesen Umständen schwierig bis unmöglich. Weiterbildung wird nicht anerkannt (Lechner und Wetzl 2015, 9). Selbst mit einer zweiten, gut abgeschlossenen und gesuchten Ausbildung ist es im fortgeschrittenen Alter schwierig, eine Stelle zu finden, solange die Berufserfahrung in diesem Bereich fehlt. Ein Teilnehmer musste zu einem unbezahlten Praktikum greifen, um die nötige Berufserfahrung zu erlangen. Sozialarbeiterinnen, die schon länger in dem Bereich arbeiten, bestätigen, dass es heute meist sogar schwierig sei, ein Praktikum zu ergattern und Neuorientierungen daher kaum mehr möglich seien. Hinzu kommt, dass Praktika während des Bezugs von Arbeitslosengeld nur dann erlaubt sind, wenn das AMS dem zustimmt.

„Die Privaten wissen es auch nicht!“, ist das Fazit eines Teilnehmers bezüglich der Frage, ob private Arbeitsagenturen die Arbeitsvermittlung besser als das AMS beherrschen. Auch bei privaten Arbeitsvermittlern haben die Teilnehmenden die Erfahrung gemacht, dass ihr Profil fehlerhaft oder wenig

aussagekräftig war. Das führt zu unpassenden Stellenangeboten und irreführenden Erwartungen („*Da finden wir locker etwas!*“).

Im Hinblick auf die Konventionen in der Arbeitswelt stimmen die Projekt-Teilnehmenden darin überein, dass sich im Laufe ihres Arbeitslebens einiges verändert hat: Während noch in den 1990er Jahren eine längere Einarbeitungszeit in dem Sinne gewährt wurde, dass erst nach zwei Jahren die gleiche Leistung wie bei langjährigen Mitarbeiter erwartet wurde, wird inzwischen – besonders im Leiharbeitsbereich – vorausgesetzt, dass diese Leistung quasi aus dem Stand erreicht werden muss. Dieser enorme Druck auf neue Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter provoziert Fehler und ist insofern eine kurzsichtige und irrige Strategie. Die Vorstellung, Zeit einzusparen, herrscht auch bezüglich sozialer Situationen wie Geburtstagsfeiern und Kaffeepausen. Hat man vor ein paar Jahren noch gemeinsam auf Geburtstage angestoßen, so ist nun die Zeit dafür zu knapp. Der informelle soziale Austausch in der Kaffeeküche ist bei L.s letztem Arbeitgeber durch die Einführung der Regel, auch kurze Kaffeepausen „*auszustempeln*“ zum Erliegen gekommen. Bei ihrer neuen Tätigkeit im öffentlichen Dienst erlebt eine Teilnehmerin hingegen, dass derartige Praktiken dort heute noch gelten und meint: „*Das ist wie in meiner Firma vor 20 Jahren.*“

Insgesamt hat die Gruppe den Eindruck, der Mensch zähle nicht mehr in den Unternehmen sondern wird verdinglicht und je nach Bedarf wie ein Werkzeug ausgetauscht. In diesem Zusammenhang wirkt der Lohnzuschuss für Ältere auf sie wie eine Subventionierung der Unternehmen, die dem „Werkzeug Mensch“ ein besonders attraktives Merkmal geben. Sobald die Lohnzuschüsse auslaufen, würden viele Firmen den geförderten Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern wieder kündigen. Wie Trittbrettfahrer nutzen die Unternehmen derartige Förderprogramme als Wirtschaftsförderung aus. Diesem Tenor in der Gruppe hält ein Teilnehmer entgegen, bei den jetzigen knappen Kassen seien besonders kleine AMS-Stellen darauf aus, dass die Förderung langfristig wirke. Sie würden die Firmen kennen, die nur auf die Förderung aus wären, und würden deren Anträge entsprechend kritisch prüfen und gegebenenfalls ablehnen.

Die Einstellungspraxis bei Stellen, die eine gute Qualifikation voraussetzten, hat sich nach Beobachtung der Teilnehmenden dahingehend verändert, dass es bei Stellenbesetzungen zu zeitlichen Verzögerungen kommt, um der meist bestehenden Strategie des Stellenabbaus zu entsprechen. Für die Arbeitssuchenden ist es unter diesen Umständen schwieriger, eine Stelle zu finden, weil dem langen Einstellungsprozess eine entsprechend lange Phase der Arbeitssuche gegenüber steht und dadurch ihre Qualifikation entwertet wird. Zugleich erleben ältere Arbeitssuchende, dass ihnen oft jüngere vorgezogen werden. Teils vermuten die Teilnehmenden (vermeintliche) finanzielle Gründe, die jedoch oft auf nicht zutreffenden Vorurteilen gegenüber älteren Arbeitssuchenden beruhen (zu wenig leistungsfähig, zu oft krank, zu teuer,...). Teils vermuten sie aber auch eine Strategie der hohen Fluktuation, sei es, weil jüngere oftmals zu Karriere Zwecken oder wegen der Familienplanung von sich aus gehen und sie nicht ihrerseits kündigen müssen, sei es, weil sie – wie im Marketing – daran interessiert sind, oft neue Gesichter präsentieren zu können.

Obwohl die Einstellungspraxis die Teilnehmenden als ältere Arbeitssuchende benachteiligt und anständig bezahlte Vollzeitstellen rar sind, überlegen die Mitglieder der Gruppe sehr genau, ob und welche Stellen sie annehmen (können). Zum einen haben sie die Erfahrung des zunehmenden Leistungsdrucks in den letzten Stellen gemacht, die meist in gesundheitlichen Problemen endete. In dieses „Hamsterrad“ wollen sie nicht zurück. Zum anderen haben sie in der Arbeitslosigkeit die Möglichkeit, anderen Interessen (bspw. Ehrenamtliches Engagement) oder Aufgaben (bspw. Pflege der Eltern) nachzugehen und diese zu entwickeln. Diese Freiheit haben sie schätzen gelernt und wollen sie nicht einfach wieder aufgeben. „*Mich leben können*“ schrieb Z. auf die Bitte hin auf, drei Elemente eines guten Lebens zu nennen. Eine andere formulierte diesen Drang zur Selbstbestimmung als Wunsch „*nie Würde und Visionen zu verlieren*“.

Fazit: Das Angebot des Arbeitsmarktservice (AMS) entspricht an vielen Stellen nicht dem, was „gute Verwaltung“ im Sinne der Europäischen Grundrechtecharta ausmacht. Die Rechtssicherheit ist nicht gewährt, wenn die Servicequalität von den beratenden Personen

abhängt. In ältere arbeitslose Menschen wird nicht nur nicht investiert, sondern ihre eigenen Investitionen in Form von ehrenamtlichen Aktivitäten und Weiterbildungen sogar unterlaufen und damit ihre Verwirklichungschancen beschnitten.

4.3 Weitere Auswirkungen von Krise und Arbeitssuche

4.3.1 Auswirkungen auf die sozialen Kontakte

„... die erste Frage ist nicht: *Wie geht es dir so? Sondern: Was machst du jetzt?*“ Dass diese Frage nach der Berufstätigkeit derart im Mittelpunkt des Denkens im sozialen Umfeld steht, macht allen Mitgliedern der Fokusgruppe zu schaffen. Wer keine Arbeit hat, fällt aus vielen sozialen Netzen heraus, weil die Arbeitslosigkeit erklärungsbedürftig ist und es für das Gegenüber unangenehm ist, von der schwierigen Lage zu hören (siehe Biografie von K. Abschnitt 4.1). Es sind wahrscheinlich verschiedene Effekte, die zusammengenommen dazu führen, dass die Arbeitslosigkeit zu einem weitgehenden Austausch des Freundeskreises führt: Es ist unangenehm, von einer schwierigen Lage zu erfahren, an der man weder schnell etwas ändern noch etwas Tröstendes sagen kann. Vielleicht wird dem Gegenüber auch schnell klar, dass die Arbeitslosigkeit kein Einzelschicksal ist, sondern jede und jeden schnell treffen kann. Diese Erkenntnis bedeutet auch, dass gewisse Vorurteile gegenüber Arbeitssuchenden nicht beibehalten werden können: Das Bild der „sozialen Hängematte“ gemäß dessen Arbeitslose faul sind und es sich auf Kosten des Staates bzw. der Gemeinschaft gut gehen lassen, ist schwerlich in Einklang zu bringen mit dem Schicksal von Bekannten, die ihre Arbeit verloren haben und denen es nun offensichtlich bei der Arbeitssuche nicht gut geht. All diese Faktoren führen dazu, dass sich der Freundeskreis zu einem großen Teil austauscht bzw. dass nur wenige Freunde bleiben. Diejenigen, die bleiben, werden von den Betroffenen als große Stütze erlebt.

Die familiären Beziehungen sind bei den meisten Betroffenen stabiler als Freundschaften. Dennoch ist das Ausmaß an Unterstützung durch die Familie (Partner, Geschwister, Eltern) unterschiedlich: Bei vielen Teilnehmenden ist das Auseinanderbrechen einer Partnerschaft ein auslösender oder erschwerender Faktor für die Arbeitslosigkeit. Bei K. (Abschnitt 4.1) ist beides besonders eng verbunden. Bei G. genügte eine vierwöchige Schulung, um die Partnerschaft auseinanderbrechen zu lassen und sie in eine tiefe Krise zu stürzen. B. hat erst seine Partnerin und dann seinen Vater durch eine Krebserkrankung verloren, was ihn früh eine Psychotherapie beginnen lässt, die ihm später beim Umgang mit eigenen gesundheitlichen Problemen und der Arbeitssuche hilft. Doch es gibt auch eine Reihe von Teilnehmenden, deren Partnerschaften intakt bleiben und insofern eine stabile Stütze bei der Arbeitssuche sind. Zwei Teilnehmende haben wegen einer neuen Partnerschaft im Laufe der Zeit ihren Lebensmittelpunkt verändert und es ist schwer einzuschätzen, inwieweit die mangelnde Verwurzelung in der Region ihre Arbeitssuche erschwert hat.

Geschwister kommen in den Erzählungen der Teilnehmenden eher vor, wenn sie aktiv und unterstützend wahrgenommen werden: Ein Beispiel dafür ist K. (Abschnitt 4.1), die von ihrem Bruder (zu ihrem eigenen Schutz) in die Psychiatrie eingewiesen worden ist. Dieser Verlust an Autonomie war schrecklich für sie. Ihr Bruder hat ihr aber auch praktisch geholfen, indem er ihr einen Job im eigenen Unternehmen angeboten hat. G. hat von ihrem Bruder große Unterstützung bei der Trennung und Scheidung von ihrem Mann erfahren. Ihr Bruder hat sie zu einem Klinik-Aufenthalt überredet, in dessen Verlauf sie begriffen hat, wie nötig eine derartige, auch psychologische Betreuung für sie war. Der Bruder hat sie immer wieder davor bewahrt oder zumindest versucht, davor zu bewahren, sich zu überfordern. Eine weitere Teilnehmerin hat sich nach dem Tod der Mutter endgültig mit ihrer Schwester über die Aufteilung des Erbes zerstritten, nachdem es schon bezüglich der Pflege der Mutter zu Konflikten kam. Sie nimmt sich als alleinstehend wahr, ohne dies als besonders belastend zu schildern.

Eltern gewähren teils Unterstützung – in Form von Verständnis aber auch von materieller Hilfe – aber sie benötigen auch selbst Unterstützung in Form von Pflege. Zwei Teilnehmerinnen pflegen ihre Eltern.

Beide erzählen davon, wie anstrengend die Pflege ist und dass sie zugleich keinen Tag dieser Pflege missen wollen. Beide haben eine innige, wenn auch nicht konfliktfreie Beziehung zu ihren Eltern. Während K.'s Eltern pflegebedürftig wurden, als K. bereits arbeitssuchend war (Abschnitt 4.1), hat F. ihre Selbstständigkeit schließlich aufgeben müssen, um ihre Eltern pflegen zu können. Zwar hat die Politik mit der Einführung der Pflege- und Hospizkarenz zum 1. Januar 2014 auf derartige Probleme reagiert, aber das hat keine schlagartige Veränderung der Einstellung gegenüber der Pflege bewirkt: Die Betroffenen berichten, dass die Pflege kaum Wertschätzung genießt. Auf die eingangs erwähnte Frage: „Was machst du?“, wird die Antwort: „Ich pflege meine Eltern.“, nicht als ausreichend empfunden. Pflege wird nicht als tagesfüllende Tätigkeit angesehen, die wie eine Berufstätigkeit einen Beitrag zur Gesellschaft leistet. Beide Teilnehmerinnen erzählen eindrücklich, wie wenig Unterstützung sie in der Pflege erfahren: Die Beantragung von Pflegekarenz ist zwar möglich, aber weder bei Arbeitgebern akzeptiert noch beim AMS bekannt (s.o.). Wie lange die Pflege dauert, ist nicht absehbar. Pause bzw. Urlaub von dieser psychisch äußerst fordernden Tätigkeit ist nur möglich, wenn ein Ersatz für den entsprechenden Zeitraum gefunden wird. Dies ist nicht nur schwierig, weil kaum jemand die Pflege übernehmen mag und es am besten ist, wenn die Person den zu pflegenden Eltern bereits bekannt ist, sondern auch, weil die Pflegenden selbst ein schlechtes Gewissen plagt, die Sorgearbeit – auch nur für kurze Zeit – abzugeben.

Die Frauenministerin Heinisch-Hosek macht in einem Interview⁶ darauf aufmerksam, wie eng dieses Problem mit der Rolle der Frau verbunden ist: Die Pflege wird überwiegend von Frauen geleistet und addiert den Zeiten der Kindererziehung weitere Zeiten im Berufsweg hinzu, in denen Frauen nicht ihrem Beruf nachgehen, sondern im „privaten“ Bereich Sorgeleistungen erbringen. Dies führt zur Minderung der Pensionsansprüche – durch die Biografie von K. gut illustriert – und damit zu einem erhöhten Armutsrisiko im Alter.

Während in der Partnerschaft, von Geschwistern und Eltern eher Unterstützung erwartet wird, ist es den eigenen Kindern gegenüber ein Anliegen, sie unterstützen zu können und ihnen die bestmögliche Förderung angedeihen zu lassen, um ihnen für ihren weiteren Lebensweg gute Chancen zu eröffnen. Es ist daher für Arbeitssuchende, die Kinder haben, besonders belastend, diese nicht mehr im gleichen Maß wie vorher unterstützen zu können. Auch dafür ist der Lebenslauf von K. (Abschnitt 4.1) ein gutes Beispiel: Sie konnte das Schulgeld nicht mehr zahlen und musste erleben, wie ihr Sohn frühzeitig von der Schule gegangen ist, um Geld zu verdienen. Bei L. (Abschnitt 4.2) hat ihre Arbeitslosigkeit aufgrund von Ersparnissen zwar nicht derart dramatische Folgen gehabt, doch die Aussicht, die finanzielle Unterstützung für ihre Tochter bei länger andauernder Arbeitslosigkeit kürzen zu müssen, war für sie sehr belastend. O. hat ihre Tochter allein erzogen und war die ganze Zeit über in einer prekären Situation (keine Unterhaltszahlungen, drei Jobs nebeneinander, Selbstständigkeit als Pädagogin etc.). Als ihre Tochter ein Studium in Deutschland aufnimmt, ist sie einerseits froh und stolz, ihr das ermöglichen zu können, aber sie erhalten andererseits keine Förderung und müssen einmal mehr alles Geld zusammenkratzen, um das Studium zu finanzieren.

M. berichtet davon, dass seine Tochter sich selbst – erfolgreich – bei einer Privatschule beworben hat und dafür ein Stipendium bekommt. Es ist ihm anzumerken, wie sich der Stolz über die Tochter mit dem Bedauern mischt, nicht mehr beitragen zu können.

4.3.2 Gesellschaftliche Auswirkungen

Die geschilderten Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die sozialen Kontakte sind der Ausdruck eines umfassenderen **Verlusts sozialer Anerkennung**, wenn Arbeitslosigkeit eintritt. Die Reaktion von Freunden und Bekannten auf den neuen Status entspricht dem gesellschaftlichen Klima: Arbeitslosigkeit wird nicht als Versagen von Politik, Wirtschaft oder der Gesellschaft als Ganzes gesehen, sondern dem individuellen Versagen zugeschrieben. Arbeitslosigkeit wird von Z. als „*Leben im Stand-By*“ charakterisiert. Dieser „Modus“ kostet viel Energie und dies umso mehr, je länger er andauert. Die Autonomie und

⁶ Der Standard, 20./21. Februar, Inland S. 12.

Entscheidungsfreiheit hinsichtlich der eigenen Lebensgestaltung und Zukunftsplanung ist stark eingeschränkt, da man der Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt alles andere (z.B. langfristige Weiterbildungen, Familie, Freizeit) unterordnen muss. Im Gegensatz zu Hartz IV in Deutschland gibt es in Österreich keinen Fortbezug von Arbeitslosengeld wenn man Urlaub im Ausland macht oder sich aus anderen Gründen außer Landes aufhält. Rein rechtlich müsste man sich immer abmelden, wenn man das Land verlässt und würde für diese Zeit keine Bezüge bekommen. In der Grenzregion Salzburg, in der es normal ist, nach Deutschland zum Einkaufen zu fahren oder dort lebende Familienmitglieder oder Freunde zu besuchen, nehmen die Teilnehmenden diese formale Regelung als unverhältnismäßige Einschränkung ihrer Rechte auf Bewegungsfreiheit und Familien- und Privatleben wahr.

Die **Einschränkung von Autonomie, Entscheidungsfreiheit und Rechten** kratzt an dem Selbstwertgefühl der Betroffenen. Sie sehen sich einem Rechtfertigungsdruck gegenüber, den sie als ungerecht erleben. Zugleich müssen sie sich auch mit Schamgefühlen auseinandersetzen, die teils – wie K. in ihrer Biografie eindrucksvoll geschildert hat – in der Begegnung mit früheren Freunden, Bekannten und Nachbarn einsetzt und teils – wie oben beschrieben – besonders als Folge der mangelnden Möglichkeiten, die eigenen Kinder zu fördern, eintritt. Die Betroffenen genügen ihren eigenen Ansprüchen und Vorstellungen nicht, aber es ist schwierig, die Gründe dafür in den mangelnden Möglichkeiten zu sehen, wenn das gesellschaftliche Umfeld die Arbeitslosigkeit als individuelles Versagen schildert. Die Teilnehmenden der Fokusgruppe sehen es als besonders wichtig an, diesen umfassenden Verlust sozialer Anerkennung im Falle der Arbeitslosigkeit zu thematisieren und der Individualisierung der Verantwortung entgegen zu treten. Die verletzend Logik dieser Individualisierung gilt es offenzulegen und die Öffentlichkeit – Wirtschaft, Politik und Gesellschaft – stärker in die Verantwortung zu nehmen.

Zudem ist es den Teilnehmenden wichtig, auf die andere Seite der Medaille hinzuweisen, wie Z. meint: „*Ich finde es unsozial, regelmäßig 60 Stunden zu arbeiten und davon 20 Stunden gratis Überstunden, weil damit anderen Beschäftigung verwehrt bleibt.*“ Es ist hochangesehen, viel zu arbeiten, aber insofern kontraproduktiv als dass Arbeit immer mehr zu einem knappen Gut wird, das gut verteilt werden muss.

4.3.3 Auswirkungen auf die Wahrnehmung von Politik

Während einige Teilnehmende sich schon für Politik und soziale Probleme interessiert haben, bevor sie arbeitslos wurden, berichten andere (Abschnitt 4), dass dieses Interesse erst mit der eigenen Betroffenheit eingesetzt hat. So oder so berichten die Teilnehmenden, dass sie sensibler geworden sind durch ihre Betroffenheit, aber sie weisen auch darauf hin, dass sich objektiv einiges verändert hat. Ein Beispiel ist die bereits angesprochene stärkere Sichtbarkeit von Armut in Salzburg, die Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich sowie der Flüchtlingszustrom, der aktuell seinen Höhepunkt findet. So fragt L. „*Wie soll sich der Bettler aus Rumänien noch als Europäer sehen, wenn er schlechter behandelt wird als die Flüchtlinge?*“

Wie die Zeichenübung im ersten Workshop mit der Gruppe gezeigt hat, herrscht großes Misstrauen gegenüber der Politik. Die Teilnehmenden haben Politik als glibberige Wand gezeichnet und die politischen Institutionen als vom Volk getrennt (Abb.5.1). Sie erleben die Politik als Zirkus, in dem Arbeitslose als interessante Kreaturen vorgeführt werden (Abb. 5.2) und befürchten, dass die Politik auf einen Abgrund zusteuert. B. äußert die Meinung, die Politik habe es versäumt, wesentliche Reformen (Pensionsprivilegien – Hofratswitwen,...) rechtzeitig anzugehen, obwohl sie seit den 90er Jahren wussten, dass es so nicht funktioniert. – Nun kommt der „Zahltag“.

Abbildung 4.1: Zeichnungen zum Verhältnis zur österreichischen Regierung



M. hat den Eindruck, dass die Politiker beim Thema Arbeitslosigkeit auch nicht weiter wissen. Die Politik in diesem Bereich empfinden die Betroffenen als wenig sozial: Weil der Abstand zwischen Mindestlohn und Mindestsicherung gering ist, wird nicht versucht, den Mindestlohn anzuheben, sondern die Mindestsicherung gekürzt. Wenn zugleich die Banken gerettet werden, empfinden die Betroffenen dies als ungerecht. Ebenso ärgert sich die Gruppe über abwertende Äußerungen der Politiker zu Arbeitslosen. Einige äußern die Sehnsucht nach „richtigen“ Politikern vom alten Schlag (Kreisky, Kirchschrager, Klima, auch Pühringer wird genannt). Bei den meisten der heutigen Politikern falle es ihnen schwer, Respekt zu empfinden. Es passiere zu wenig, zu langsam bzw. das Falsche. Dieser Eindruck mag teilweise von den Medien vermittelt sein, die häufig Horrormeldungen verbreiten, dass alles schlechter wird. Dies empfinden die Teilnehmenden der Gruppe als belastend. Sie haben jedoch auch den Eindruck, dass die Medien gerne die Aufmerksamkeit nach draußen richten, beispielsweise auf die Flüchtlinge. Die innenpolitischen Probleme wie die Arbeitslosigkeit sind auf diese Weise lange verharmlost worden.

Abbildung 4.2: Zeichnungen zum Verhältnis zur österreichischen Regierung II



Schließlich ist den Teilnehmenden bitter aufgestoßen, dass das Alter bei Kandidaten für das Bundespräsidentenamt nicht als Problem, sondern als Ausweis ihrer Erfahrung und Garant für ihre Unabhängigkeit gesehen wird, bei ihnen jedoch als Indiz für eine geringere Leistungskraft und mangelnde intellektuelle Beweglichkeit interpretiert wird.

4.3.4 Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung

In Österreich hat sich laut Einschätzung der Teilnehmenden eine Zwei-Klassen-Medizin etabliert: Kassenpatienten müssen lange Wartezeiten in Kauf nehmen und erhalten nur ein Minimum an Information wie die Erfahrung von B. zeigt: Er musste zwei Monate auf eine Magnet-Resonanz-Untersuchung warten, weil das Kontingent der Krankenkasse für diese zwei Monate schon vergeben war und der Arzt ihm nicht gesagt hatte, dass er sofort einen Termin haben könnte, wenn er privat bezahlte, was er sicher gemacht hätte.

Als Arbeitssuchende können sich die Betroffenen Zusatzversicherungen in der Regel nicht leisten (was jedoch auch auf viele Niedrigverdiener zutrifft), sondern müssen sie kündigen, um Geld zu sparen. Damit haben sie auch nicht mehr die freie Arztwahl.

Fazit: Die sozialen Netzwerke dünnen bei Eintreten von Arbeitslosigkeit aus, schlimmer ist jedoch der Verlust sozialer Anerkennung und die öffentliche Wahrnehmung als Schmarotzer, die das Selbstwertgefühl beeinträchtigt. Die Wahrnehmung von Politik und sozialen Problemen erhöht sich dadurch bei den Betroffenen.

4.4 Woher kommt Unterstützung und Hilfe?

Die Unterstützung wurde zu einem Großteil bereits angesprochen: Zum einen haben die Teilnehmenden Unterstützung von Seiten ihrer Familien erfahren in Form von finanzieller, aber auch moralischer Unterstützung (5.3.1). Zum anderen haben sie von ärztlicher und psychotherapeutischer Seite viel Unterstützung erhalten (5.2). Diese Unterstützung beschränkte sich nicht auf die ärztliche oder psychotherapeutische Behandlung, sondern erstreckte sich bis hin zum Schutz vor den Mühlen der AMS-Verwaltung (L.) und der Vermittlung eines Programms zur Unterstützung der beruflichen Umorientierung, wenn diese aus gesundheitlichen Gründen nötig wird (B.).

Daneben haben die Teilnehmenden, die dem Bündnis Arbeit für Best Ager angehören, die Mitarbeit in dieser Organisation als große Hilfe, ja „*wie eine Therapie*“ erfahren, denn dadurch ist ihnen bewusst geworden, dass sie mit dem Problem nicht allein sind, dass nicht ihr persönliches und individuelles Versagen zur Arbeitslosigkeit geführt hat, sondern strukturelle Probleme vorliegen, die insbesondere ältere Arbeitssuchende treffen.

Grundsätzlich haben die Teilnehmenden alle Formen der sozialen Kontakte, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen und Zugehörigkeit anzeigen, als hilfreich empfunden. Dazu zählen die Mitgliedschaft in Vereinen, aber auch die Teilnahme an Volkshochschulkursen und eben Selbsthilfeorganisationen. Eine praktische Hilfe besteht im Kulturpass, der Arbeitssuchenden und anderen Menschen, die auf Mindestsicherung angewiesen sind, den kostenfreien Eintritt zu kulturellen Veranstaltungen ermöglicht.

Fazit: Teilhabe an der Gesellschaft findet insbesondere durch eigene Aktivitäten und Handlungen statt. Das kann eine bezahlte Beschäftigung sein, aber auch andere Tätigkeiten. Daher ist die wichtigste Unterstützung jene, die es den Betroffenen ermöglicht, selbst aktiv zu werden und so dem Verlust sozialer Anerkennung – sowohl im individuellen Fall als auch für die Gruppe der Betroffenen – entgegen zu wirken.

5. Schlussfolgerungen

Der vorliegende Bericht hat zum Ziel, den durch die Finanzkrise entstandenen sozialen Schaden in Bezug auf Menschenrechte, (fehlende) Soziale Investitionen, Verwirklichungschancen und Vertrauensverlust am Beispiel von Arbeitssuchenden im Alter von 45 und mehr Jahren in Österreich zu dokumentieren.

Die Forschung wird von der These geleitet, dass durch die Krise und Anti-Krisen-Politik eine Erosion der sozialen Menschenrechte in Europa und ein Investitionsabbau stattgefunden haben, was sich negativ auf die Verwirklichungschancen der Menschen auswirkt. Allerdings geht es in diesem Forschungsprozess nicht um verallgemeinerbare Erkenntnisse, sondern um die spezifische Wahrnehmung besonders betroffener Gruppen.

Es konnte klar herausgearbeitet werden, dass „die Krise“ in Österreich von den Teilnehmenden **nicht als markanter Wendepunkt**, sondern eher als Verstärkung und Beschleunigung schon vorhandener Entwicklungen empfunden wird. Diese Einschätzung deckt sich mit der Analyse von Fink (2015b), wonach es in Österreich zu keinen weitreichenden, sondern nur punktuellen Kürzungen bei öffentlichen Dienstleistungen und Sozialausgaben gekommen ist.

Deutlich wurde aber auch, dass die Betroffenen das Gefühl haben, dass in ältere Arbeitnehmer bzw. Arbeitssuchende **nur wenig investiert** wird bzw. dass berufliche Neuorientierung und Weiterbildungen nicht anerkannt werden und für sie oft nur gegen viele Widerstände zugänglich sind. Ähnliches gilt für die im Anschluss notwendige Berufserfahrung bspw. in Form von Praktika. Dies betrifft Betriebe wie auch das AMS, da letzteres stärker auf Lohnsubventionen statt Qualifikation zur Wiedereingliederung setzt. Die beiden Teilnehmenden, die während der Projektlaufzeit wieder eine Beschäftigung gefunden haben, haben beide im öffentlichen Dienst zu arbeiten begonnen. Beide drücken die Meinung aus, dass dies eher ein glücklicher Zufall denn eine erwartbare Entwicklung war.

Die schrittweise Anhebung des tatsächlichen Pensionsantrittsalters bei gleichzeitig angespannter Arbeitsmarktlage als Krisenfolge und dadurch bedingter verstärkter Selektivität bei hochwertigen Angeboten der aktiven Arbeitsmarktpolitik, hat zur Folge, dass ältere Arbeitssuchende allein gelassen werden und sich über einen längeren Zeitraum im „Warteraum“ zwischen (prekärer) Reintegration in den Arbeitsmarkt, Arbeitslosigkeit und Pensionsantritt bewegen. Ihre arbeitsmarktbezogenen Verwirklichungschancen werden durch **fehlende öffentliche Investitionen** (Qualifikation, Weiterbildung), (versteckte) Altersdiskriminierung sowie unzureichende Servicequalität der öffentlichen Arbeitsvermittlung eingeschränkt. Ihre nicht arbeitsmarktbezogenen Verwirklichungschancen sind aufgrund von **Restriktionen**, die sich aus ihrem Status als arbeitslos ergeben, untergraben.

Den Teilnehmenden geht es mehrheitlich nicht um eine „Arbeit um jeden Preis“, da sie hinsichtlich der Frage nach **angemessenen und befriedigenden Arbeitsbedingungen** schon sehr ambivalente Erfahrungen gemacht haben. Der mit der Dauer der Arbeitslosigkeit zunehmende Druck, auch wider besseren Wissens um ihre eigenen Möglichkeiten und Bedürfnisse, qualitativ als schlecht oder sogar schädlich empfundene Arbeit anzunehmen, ist aus der Perspektive von Menschenrechten und Capability Ansatz kritisch zu sehen. Das Risiko einer Kürzung oder temporären Sperre der Auszahlung von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und Mindestsicherung bei Handlungen, die vom AMS als „Arbeitsvereitelung“ betrachtet werden könnten, ist für die Teilnehmenden durchaus präsent. Das neben der Arbeitsvermittlung auch für eventuelle Sperren zuständige AMS wird deshalb von vielen als bedrohlich und wenig hilfreich erlebt. Man versucht, die formalen Anforderungen durch nach außen kooperativ-distanziertes Verhalten zu befriedigen und sich dadurch möglichst viel eigenen Spielraum zu

erhalten. Gefordert werden von den Teilnehmenden mehr Mitspracherechte bei der Arbeitssuche, um individuelle Fähigkeiten und Bedürfnisse zu berücksichtigen, und Entscheidungsfreiheit bezüglich der Annahme oder Ablehnung qualitativ „schlechter“ Jobs.

Die zweite These bezieht sich auf den Verlust von Vertrauen in politische Institutionen, in direkten sozialen Beziehungen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt als Folge der Krise und krisenbedingter Politik. Diesbezüglich wurde deutlich, dass die Teilnehmenden tatsächlich ein sehr **geringes Vertrauen in politische Institutionen und Akteure** haben. Die Haltung gegenüber der österreichischen Regierung ist zum Teil ambivalent („Würden wir/andere es besser machen?“), überwiegend aber durch stark negative Wahrnehmungen (ignorant, inkompetent, abgehoben) gekennzeichnet. Bei vielen Teilnehmenden herrscht das Gefühl vor, dass man in sehr unsicheren Zeiten lebt und die Regierenden dafür überhaupt nicht gewappnet und eigentlich selbst rat- und planlos sind. Allerdings sehen die Teilnehmenden den Beginn dieser Entwicklungen schon vor zwei bis drei Jahrzehnten durch damals einsetzende Trends der Liberalisierung, Deregulierung, Austerität und Beschleunigung, die aktuell einen Höhepunkt erreichen. Hinzu kommt die aktuelle Flüchtlingskrise als weiterer Verunsicherungsfaktor.

Diese Wahrnehmungen stehen im Einklang mit der österreichweiten Entwicklung der öffentlichen Meinung, wie sie im Eurobarometer 84 (Herbst 2015) erhoben wurde. Demnach ist das Vertrauen in die nationalen und EU-Institutionen weiter gesunken und die Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung und Arbeitsmarktlage sehr pessimistisch. Die Einschätzung, dass sich die Dinge in der Europäischen Union in die richtige Richtung laufen, ist mit 13 % Zustimmung und 56 % Ablehnung unter den österreichischen Befragten historisch negativ. (Europäische Kommission 2015) Hier muss beachtet werden, dass neben den Folgen der Wirtschaftskrise seit Mitte 2015 auch die Flüchtlingskrise in der österreichischen Öffentlichkeit sehr präsent ist (diese wurde auch immer wieder in den Workshops thematisiert).

Die **Zunahme der Ungleichheit** – zwischen Arm und Reich, zwischen Kassen- und Privatversicherten, zwischen Menschen, die im Erwerbsleben sind, und jenen, die draußen sind – wird von den Teilnehmenden deutlich wahrgenommen. Mehrere problematisieren jedoch die Fokussierung der öffentlichen Diskussion auf jene, die „unten“ sind, statt auch auf die Gewinner dieser Entwicklungen zu blicken. Während der Diskurs primär darum dreht, dass immer weiter gespart und reformiert werden muss, ist unklar, wer davon profitiert und wo das eingesparte Geld hingehet. Die Bankenrettung wird als ungerecht empfunden, wenn gleichzeitig im Sozialbereich Kürzungen durchgeführt werden, die nur verhältnismäßig geringe Einsparungen ermöglichen, aber großen Schaden bei den Betroffenen anrichten können. Laut Einschätzung der meisten Teilnehmenden fällt der „kleine Prozentsatz“ jener, die tatsächlich nicht erwerbstätig sein wollen, nicht ins Gewicht: *“Das kann sich der Staat leisten, die mitzuschleifen.”*

Auf Mikroebene sehen viele Teilnehmende eine generelle **Zunahme von Konkurrenzdenken** und Einzelkämpfertum sowie Resignation bei jenen, die nicht mithalten können. Es besteht die Wahrnehmung, dass gesellschaftliche Anerkennung und soziale Absicherung zunehmend nur für jene möglich sind, die es schaffen, im System der Erwerbsarbeit zu bleiben, aber für Schwächere kein Platz bleibt. Hier zeigt sich sehr gut der Widerspruch, dass einerseits Vollzeit-Erwerbstätigkeit weiterhin als politische und gesellschaftliche Bezugsgröße für Normalität genommen wird, während gleichzeitig immer weniger Arbeit zur Verfügung steht, um die gekämpft werden muss. Hier ist auch die ungerechte Verteilung von Arbeit und die mangelnde Solidarität zwischen Arbeitenden ein Thema.

Was das individuelle soziale Netz betrifft, zeigt sich, dass ein solches bei den Teilnehmenden überwiegend weiterhin vorhanden ist, wenngleich es sich durch die Arbeitslosigkeit zum Teil massiv verändert und auch ausgedünnt hat.

Das soziale Klima wird generell als rauer und polarisierter empfunden. Dazu trägt auch die zunehmende **Sichtbarkeit von Armut** bei, insbesondere durch die osteuropäischen Bettlerinnen und Bettler, die im öffentlichen Raum in Salzburg sehr präsent sind und bei den Teilnehmenden ambivalente Gefühle zwischen Mitgefühl, Ablehnung und Angst vor dem eigenen sozialen Abstieg auslösen. Problematisiert wird auch, dass diese ja Bürgerinnen und Bürger der EU sind, jedoch zum Teil schlechter

behandelt werden als Flüchtlinge, die nach Salzburg kommen. Unter diesen Armutsmigranten befinden sich auch einige, die vorher in anderen (vor allem südeuropäischen) Ländern berufstätig waren, durch die Krise arbeitslos geworden sind und nun im vergleichsweise stabilen und reichen Salzburg ein Auskommen suchen.

Das Bewusstsein für Verwundbarkeit ist bei den Teilnehmenden stark ausgeprägt. Bei einigen ist diese veränderte Wahrnehmung erst durch die eigene Erwerbslosigkeit entstanden.

Mehrmals thematisiert wurde der öffentliche politische Diskurs, der einer **“Kultur des Misstrauens”** Vorschub leistet, indem arbeitslose Menschen stigmatisiert werden. Während die mediale Berichterstattung über Arbeitslosigkeit durch die steigende Zahl der Betroffenen von einer Teilnehmerin eher ausgewogener wahrgenommen wird als noch vor einigen Jahren, werden Positionen der Wirtschaftskammer und einzelner Regierungsmitglieder, die eine Reform der sozialen Sicherung analog zu Hartz IV in Deutschland und Kürzungen der Mindestsicherung fordern, um mehr Arbeitsanreize zu schaffen, als realitätsfern, empörend und demütigend wahrgenommen. Ihrer Einschätzung nach gebe es zum einen rein quantitativ bei weitem zu wenig Jobs für die Zahl der Arbeitssuchenden, zum anderen zu viele qualitativ schlechte Jobs, die prekär oder nicht den Qualifikationen entsprechend sind. Gleichzeitig steigt der Druck, “jede Arbeit” anzunehmen. Diesen nehmen manche Teilnehmende sowohl in der öffentlichen Diskussion wie auch im Bekanntenkreis und natürlich von Seiten des AMS wahr. Der Eindruck herrscht vor, dass das Versagen des oder der Einzelnen im Mittelpunkt steht, während es sich im Kern um ein “Allgemeinversagen” – der Politik, der Wirtschaft, der Strukturen – handelt.

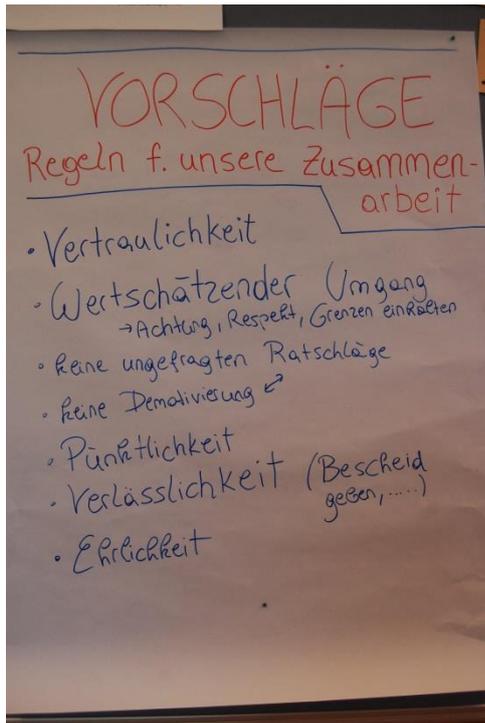
In der Diskussion sind jedoch vereinzelt auch Ansätze einer Perspektive erkennbar, die man mit **“Krise als Chance”** charakterisieren könnte. Sie speist sich daraus, dass viele Teilnehmende die Krise als Höhepunkt einer negativen Entwicklung sehen, die nach einem weitreichenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Wandel verlangt.

Die durch diesen Bericht geleistete Diagnose der Krisenfolgen ist der erste Schritt des partizipativen Forschungsprozesses im Rahmen von RE-InVEST. Die Ergebnisse aus allen teilnehmenden Ländern werden in einem übergreifenden Bericht zusammenfassend dargestellt, um den sozialen Schaden der Krise für große Teile der EU-Bevölkerung nachvollziehbar zu machen.

Im Herbst 2016 wird die Forschung mit Betroffenen in einer zweiten Phase in mehreren Ländern fortgeführt. Diese baut auf den hier gewonnenen Erkenntnissen auf und widmet sich auf dieser Basis für Österreich dem Thema aktive Arbeitsmarktpolitik und soziale Sicherheit. Diese Vertiefung ist auch insofern schlüssig, als Arbeitsmarktpolitik von den Teilnehmenden der ersten Phase als zentrales Thema bewertet wurde. Zusammen mit Betroffenen werden die jüngsten Entwicklungen in diesem Bereich analysiert und bewertet, inwieweit sie Soziale Investitionen, die Menschenrechte und Verwirklichungschancen effektiv fördern oder ihnen entgegenwirken. Auf dieser Basis können dann Schlussfolgerungen und Vorschläge für die österreichische Arbeitsmarktpolitik und die soziale Dimension der EU formuliert und daraus politische Forderungen abgeleitet werden.

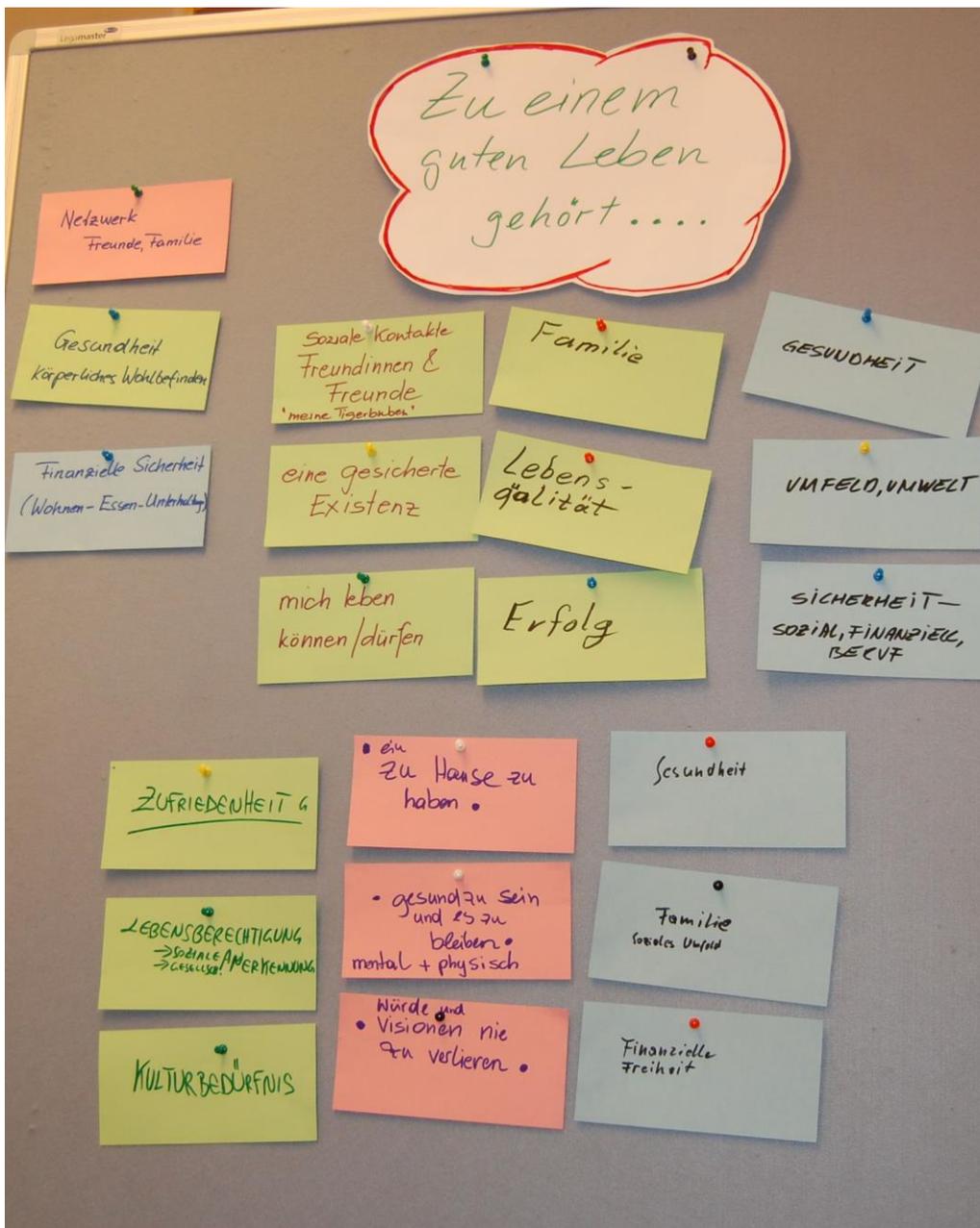
appendix 1 Vereinbarte Regeln für die Zusammenarbeit

Abbildung A1. Vereinbarte Regeln für die Zusammenarbeit



appendix 2 Was gehört zu einem guten Leben?

Abbildung A2. Elemente des guten Lebens



Im zweiten Workshop wurden nach Auflistung der Elemente, die zu einem guten Leben gehören, die Dimensionen denen aus der Liste der Menschenrechte, basierend auf Burchardt und Vizard (2011) zugeordnet.

Die Teilnehmenden listeten folgende Dimensionen auf:

- Physische und psychische Gesundheit (auch als Vorbedingung für alles andere)

- Familie und Freunde, soziale Netzwerke, soziales Umfeld
- Ein Zuhause
- Finanzielle und materielle Sicherheit, finanzielle Freiheit, Jobsicherheit, soziale Absicherung
- Lebensqualität
- Menschliche Würde, Visionen
- Kulturelle Bedürfnisse
- Umwelt
- Zufriedenheit
- soziale und gesellschaftliche Anerkennung
- Möglichkeit, man selbst zu sein und das eigene Leben zu leben
- Erfolg (bei dem, was man tut, sei das im Beruf, in der Partnerschaft,...)

Im dritten Workshop wurden die Teilnehmenden dann gebeten, im folgenden Schema einzutragen, wie sie ihr Leben aktuell sehen und mittels Pfeilen einen Trend für jede Dimension anzudeuten.

Abbildung A3. Inwieweit sind die Dimensionen eines guten Lebens verwirklicht?

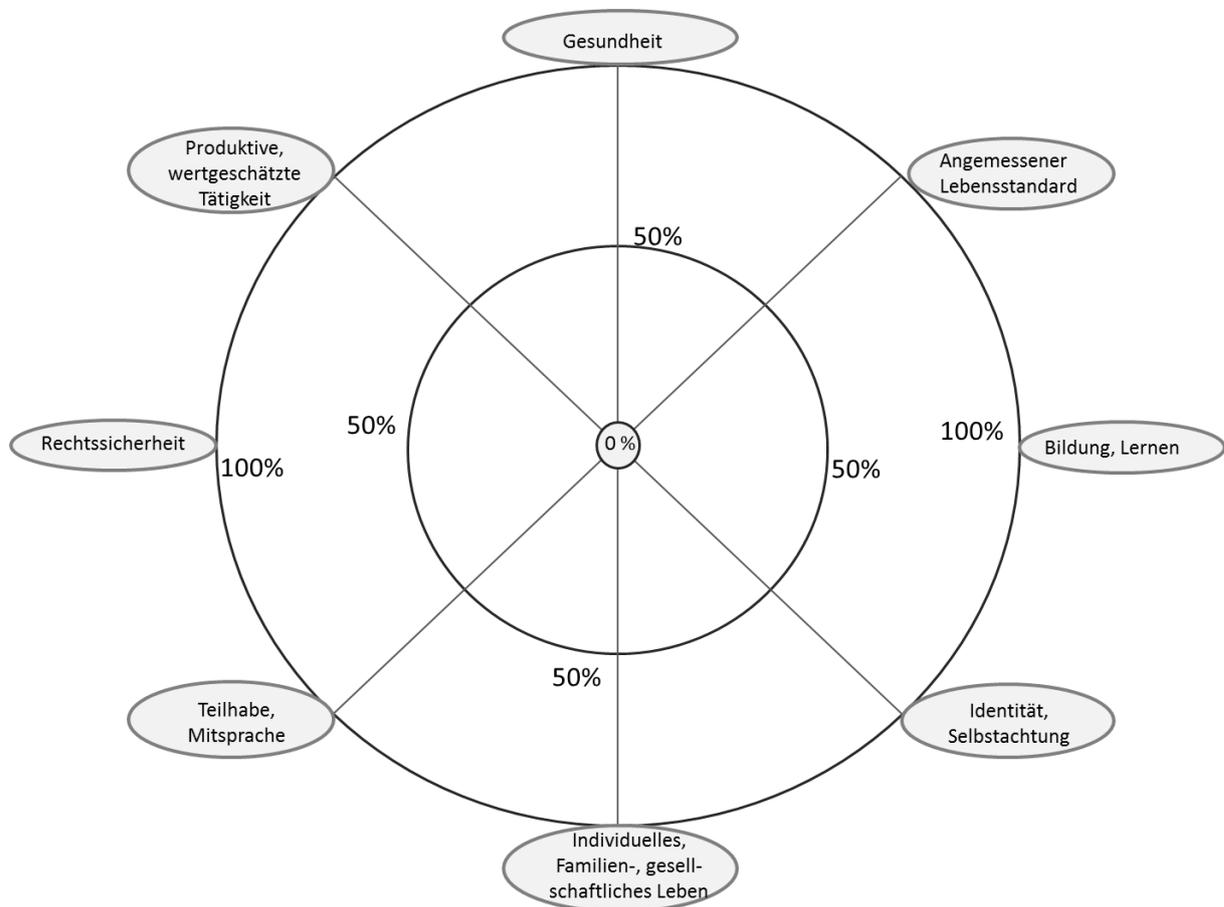


Abbildung A4. Wie die Teilnehmenden ihr aktuelles Leben einschätzen



Literatur

- AMS, Arbeitsmarktservice. 2015. "Alter Hat Zukunft. Informationen Für Ältere Arbeitssuchende (45+)." http://www.ams.at/_docs/001_spezialthema_0215.pdf.
- APA - Austria Presse Agentur. 2009. "Mehr Andrang auf Salzburger Sozialmärkte durch Wirtschaftskrise." http://www.salzburger-armutskonferenz.at/wp-content/uploads/2009/05/apa_sozialmarktesalzburg.pdf.
- Arbeiterkammer Salzburg. o.J. "Löhne Sinken - Preise Steigen!" *Arbeiterkammer*. https://sbg.arbeiterkammer.at/service/presse/pressemitteilungen/Loehne_sinken_-_Preise_steigen_.html.
- . 2016. "Einkommen Der Unselbstständig Beschäftigten 2014. Auswertung Der Lohnsteuer 2014 - Statistik Austria Wien." Salzburg.
- Arbeiterkammer Wien. 2014. *Invalideitspension Neu*. Vol. 2014. AKAktuell. Das Infoservice Der AK 4. https://media.arbeiterkammer.at/wien/AKAktuell_Nr_4_2014.pdf.
- Arbeitsmarktservice Österreich. 2015. "Ältere Am Arbeitsmarkt: Bedeutung Der Generation 50+ Steigt." Spezialthema Zum Arbeitsmarkt. http://www.ams.at/_docs/001_spezialthema_0215.pdf.
- Atzmüller, Roland. 2009. "Aktivierung Statt Vollbeschäftigung. Die Entwicklung Der Arbeitsmarktpolitik in Österreich." In *Die Dynamik Des "österreichischen Modells": Brüche Und Kontinuitäten Im Beschäftigungs- Und Sozialsystem*, by Christopher Hermann and Roland Atzmüller. FORBA-Forschung 4. Berlin: Edition Sigma.
- Basso, Gaetano, Matthias Dolls, Werner Eichhorst, Thomas Leoni, and Andreas Peichl. 2011. "The Effects of the Recent Economic Crisis on Social Protection and Labour Market Arrangements across Socio-Economic Groups." 6080. Discussion Paper Series. IZA - Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit.
- Bednarek-Gilland, Antje. 2015. *Fragiler Alltag: Studie zu den Fähigkeiten langzeitarbeitsloser Menschen*. Si aktuell. Hannover: creo-media.
- BMASK. 2014. "Sozialbericht 2013-2014. Ressortaktivitäten Und Sozialpolitische Analysen." Wien: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz.
- Bock-Schappelwein, Julia, Stefan Fuchs, Ulrike Huemer, Helmut Mahringer, Regina Konle-Seidl, and Thomas Rhein. 2014. "Aktive Und Passive Arbeitsmarktpolitik in Österreich Und Deutschland. Aufkommen Und Verwendung Der Mittel Im Vergleich." Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=47166&mime_type=application/pdf.
- Bundesministerium für Finanzen. 2015. "Strategiebericht Zum Bundesfinanzrahmen 2016 Bis 2019." Wien. https://www.bmf.gv.at/aktuelles/Strategiebericht_2016-2019.pdf?4vgzhp.
- Burchardt, Tania, and Polly Vizard. 2011. "'Operationalizing' the Capability Approach as a Basis for Equality and Human Rights Monitoring in Twenty-first-century Britain." *Journal of Human Development and Capabilities* 12 (1): 91–119. doi:10.1080/19452829.2011.541790.
- Burzan, Nicole. 2009. "Prekarität Und Verunsicherte Gesellschaftsmitte - Konsequenzen Für Die Ungleichheitstheorie." In *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung: Die Soziale Frage Am Beginn Des 21. Jahrhunderts*, edited by Robert Castel and Klaus Dörre, 307–15. Frankfurt am Main: Campus.
- Daser, Barbara. 2009. "Psychologie in Der Krise." *Orf.at*, January 12. <http://science.orf.at/stories/1629298/>.
- derStandard.at. 2015. "Massiver Anstieg Bei AMS-Beschwerden." *derStandard.at*, January 21. <http://derstandard.at/2000010637352/VolksanwaltAMS-Beschwerden-beim-stiegen-massiv>.
- DiePresse.com. 2012. "Österreich Verabschiedet Sich Vom Leistbaren Wohnen." *DiePresse.com*, September 28. <http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/1295482/Osterreich-verabschiedet-sich-vom-leistbaren-Wohnen>.

- . 2016. “AMS-Chef: Von Trendwende Am Arbeitsmarkt ‘noch Weit Weg.’” *DiePresse.com*, March 2. http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/4936372/AMSChef_Von-Trendwende-am-Arbeitsmarkt-noch-weit-weg.
- Dines, Johannes, Helmut P Gaisbauer, Michael König, Clemens Sedmak, Virgil Steindlmüller, and Mandelbaum Verlag Michael Baiculescu. 2015. *Betteln fordert heraus*.
- Dornmayr, Helmut, and Roland Löffler. 2016. “Bericht Zur Situation Der Jugendbeschäftigung Und Lehrlingsausbildung in Österreich 2012-2013.” Wien: Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung. Accessed February 18. <http://www.bmfwf.gv.at/Berufsausbildung/LehrlingsUndBerufsausbildung/Documents/Bericht%20zur%20Situation%20der%20Jugendbesch%C3%A4ftigung%20und%20Lehrlingsausbildung%20in%20%C3%96sterreich%202012-2013.pdf>.
- Eichmann, Hubert, and Bernhard Saupe. 2014. “Überblick Über Arbeitsbedingungen in Österreich – Follow-up Studie, Studie Der Forschungs- Und Beratungsstelle Arbeitswelt.” 15. Sozialpolitische Studienreihe. Wien: Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA).
- Eppel, Rainer, Thomas Horvath, and Helmut Mahringer. 2013. “Die Struktur Und Dynamik von Arbeitslosigkeit, Atypischer Beschäftigung Und Niedriglohnbeschäftigung in Der Längsschnittanalyse 2000/2010.” Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=46669&mime_type=application/pdf.
- Europäische Kommission. 2013. “Die Öffentliche Meinung in Der Europäischen Union. Nationaler Bericht: Österreich.” Standard Eurobarometer 80. http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb80/eb80_at_at_nat.pdf.
- . 2015. “Die Öffentliche Meinung in Der Europäischen Union. Nationaler Bericht: Österreich.” Standard Eurobarometer 84.
- Eurostat. o.J. “Persons Working Part-Time or with a Second Job, 2004–14 (% of Total Employment).” [http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/File:Persons_working_part-time_or_with_a_second_job,_2004%E2%80%9314_\(%25_of_total_employment\)_YB16.png](http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/File:Persons_working_part-time_or_with_a_second_job,_2004%E2%80%9314_(%25_of_total_employment)_YB16.png).
- Fink, Marcel. 2015a. “ESPN Thematic Report on Integrated Support for the Long-Term Unemployed - Austria.” Bericht an die Europäische Kommission im Rahmen des European Social Policy Networks. Wien: Institut für Höhere Studien. <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=14244&langId=en>.
- . 2015b. “ESPN Thematic Report on Social Investment - Austria.” Bericht an die Europäische Kommission im Rahmen des European Social Policy Networks. Wien. <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=13808&langId=en>.
- Fleck, Petra. 2015. “Das Problem Der Überqualifizierten.” *news.ORF.at*, June 17. <http://orf.at/stories/2286031/2269511/>.
- Fritsch, Nina-Sophie, Roland Teitzer, and Roland Verwiebe. 2014. “Arbeitsmarktflexibilisierung Und Wachsende Niedriglohnbeschäftigung in Österreich.” *Österreichische Zeitschrift Für Soziologie* 39: 91–110.
- Glocker, Christian, Thomas Horvath, Christine Mayrhuber, and Silvia Rocha-Akis. 2014. “Entwicklung Und Verteilung Der Einkommen in Österreich. WIFO-Beitrag Zum Sozialbericht.” In *Sozialbericht 2013-2014. Ressortaktivitäten Und Sozialpolitische Analysen*, edited by Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. Wien.
- Hermann, Christopher, and Jörg Flecker. 2015. “Mastering the Crisis but Not the Future: The Austrian Model in the Financial and Economic Crisis.” In *Divisive Integration the Triumph of Failed Ideas in Europe - Revisited*, edited by Steffen Lehndorff, 195–208. Brussels: ETUI, European Trade Union Institute.
- Höller, Christian. 2015. “Österreich: Was Tun Mit Langzeitarbeitslosen?” *DiePresse.com*, September 14. http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/4821094/Osterreich_Was-tun-mit-Langzeitarbeitslosen.
- Jahoda, Marie, Paul F. Lazarsfeld, and Hans Zeisel. 2014. *Die Arbeitslosen von Marienthal: ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit ; mit einem Anb. zur Geschichte der Soziographie*. 24. Aufl. Edition Suhrkamp 769. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Klopf, Christian. 2014. “Österreich Sechs Jahre Nach Krisenbeginn: Soziale Entwicklungen.” In *Sozialbericht 2013-2014. Ressortaktivitäten Und Sozialpolitische Analysen*, 400. Wien: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz.

- Knittler, Käthe. 2015. „Working Poor“ Und Geschlechtsspezifische Einkommens- Unterschiede – Eine Annäherung in Zahlen Für Österreich Und Wien.” *Wirtschaft Und Gesellschaft*, no. 2: 235–56.
- Kraemer, Klaus. 2009. „Prekarisierung - Jenseits von Klasse Und Stand?“ In *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung: Die Soziale Frage Am Beginn Des 21. Jahrhunderts*, edited by Robert Castel and Klaus Dörre, 241–52. Frankfurt am Main: Campus.
- Lamei, Nadja, Stefan Angel, Richard Heuberger, Anneliese Oismüller, Thomas Glaser, Susanne Göttlinger, Elisabeth Kafka, and Skina-Tabue. 2014. „Armut- Und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Statistik Austria-Beitrag Zum Sozialbericht.“ In *Sozialbericht 2013-2014. Ressortaktivitäten Und Sozialpolitische Analysen*, edited by Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. Wien.
- Land Salzburg, Abteilung Soziales. 2015. „Sozialbericht 2013/2014.“ Jahresbericht. Salzburg. http://www.salzburg.gv.at/sozialbericht_2014.pdf.
- Lechner, Ferdinand, and Petra Wetzel. 2015. „EEPO Review Spring 2015: Upskilling Unemployed Adults The Organisation, Profiling and Targeting of Training Provision - Austria.“ Bericht an die Europäische Kommission im Rahmen des European Employment Policy Observatory (EEPO). L&R Social Research OG. <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=14145&langId=en>.
- Nowotny, Andreas. 2013. „Welche Zukunftserwartungen Haben Die Salzburgerinnen Und Salzburger?“ Diskussionspapier. Neue Forschungsgesellschaft. <http://n-fg.at/wp-content/uploads/2011/10/NFG-Zukunftserwartungen.pdf>.
- Obinger, Herbert. 2015. „Österreichs Sozialstaat Im Vergleich Internationaler Makrodaten.“ *Österreichische Zeitschrift Für Politikwissenschaft* 44 (1): 1–15.
- orf.at. 2015. „Starker Rückgang Bei AMS-Schulungen.“ *news.ORF.at*, February 2. <http://orf.at/stories/2263883/2263588/>.
- . 2016. „Mieten Erstmals Über Sieben Euro/Quadratmeter,” March 23. <http://oesterreich.orf.at/stories/2764463/>.
- . 2013. „Neues Landesbudget Steht.” Accessed October 18. <http://salzburg.orf.at/news/stories/2610031/>.
- Pfleger, Philip. 2015. „Harte Zeiten Für Das AMS.“ *news.ORF.at*, June 29. <http://orf.at/stories/2287293/2286041/>.
- Rechnungshof. 2014. „Bericht Des Rechnungshofes Über Die Durchschnittlichen Einkommen Der Gesamten Bevölkerung.” Wien. http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/_jahre/2014/berichte/einkommensberichte/Einkommensbericht_2014.pdf.
- Riesenfelder, Andreas, and Petra Wetzel. 2009. „Evaluierung von AMS-Kursen und deren Effekte auf einschlägige Beschäftigung und Einkommen.” Endbericht des Projekts. Wien. http://www.lrsocialresearch.at/files/EB_Eval_Kurse_AMS_L&R_Sozialforschung.pdf.
- Statistik Austria. 2015a. „Einkommen, Armut Und Lebensbedingungen.” Tabellenband EU-Silc 2014. Wien. http://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/3/3/7/CH2170/CMS1387266116632/tabellenband_eusilc_2014.pdf.
- . 2015b. „Einkommen.” March 4. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/genderstatistik/einkommen/index.html.
- . 2015c. „Öffentliches Defizit.” October 21. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/oeffentliche_finanzen_und_steuern/maastricht-indikatoren/oeffentliches_defizit/019649.html.
- . 2016a. „Erwerbstätige Nach Alter Und Geschlecht Seit 1994.” http://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET_PDF_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocName=062875.
- . 2016b. „Erwerbstätigenquoten Nach Alter Und Geschlecht Seit 1994.” http://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET_PDF_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocName=062876.
- Ullram, Peter. 2013. „Die Zeichen an Der Wand. Analyse Der Nationalratswahl 2013.” Wien: ecoquest. Market Research & Consulting GmbH. http://www.weisewirtschaft.at/wp-content/uploads/2014/10/ZeichenanderWand_NRW_2013.pdf.
- Wirtschaftsblatt. 2010. „Budget: Das Sparpaket Auf Einen Blick,” October 24. <http://wirtschaftsblatt.at/home/nachrichten/oesterreich/1165746/index>.

RE-InVEST - Rebuilding an Inclusive, Value-based Europe of Solidarity and Trust through Social Investments

Im Jahr 2013 hat die Europäische Kommission als Reaktion auf die Zunahme von Ungleichheiten, Armut und Misstrauen gegenüber der EU das Paket für Sozialinvestitionen (SIP) aufgelegt, mit dem Ziel, die Wirtschafts- und Sozialpolitik in eine bessere Balance zu bringen. RE-InVEST zielt darauf ab, eine neue theoretische und empirische Grundlagen für das SIP zu definieren, die auf Investitionen in Menschenrechte und Verwirklichungschancen basiert. Das Konsortium ist ein Teil der „Allianz zur Armutbekämpfung“ (Alliances to Fight Poverty). Gemeinsam mit EU-Bürgerinnen und Bürgern, die von der Krise besonders betroffen sind, möchten wir eine effektivere und stärkere Social Investment Agenda und darauf basierende Politikempfehlungen erarbeiten.

<http://www.re-invest.eu/>

Koordinatoren

Ides Nicaise (HIVA-KU Leuven), Gesamtprojektkoordinator/wissenschaftlicher Ko-Koordinator
Michel Debruyne (Bewegung vzw), Netzwerkkoordinator



Partner

HIVA-KU Leuven • HIVA-Research Institute for Work and Society, Katholieke Universiteit Leuven • Belgium
CNRS • Centre National de la Recherche Scientifique • France
SOFI • Soziologisches Forschungsinstitut Goettingen e.V. • Germany
IFZ • Internationales Forschungszentrum für Soziale und Ethische Fragen • Austria
UCL • Université Catholique de Louvain • Belgium
NUIM • National University of Ireland Maynooth • Ireland
Loughborough University • United Kingdom
EUR • Erasmus Universiteit Rotterdam • the Netherlands
TU Delft • Technische Universiteit Delft • the Netherlands
Liverpool Hope University • United Kingdom
IRD • Institut de Recherche pour le Développement • France
OSE • Observatoire Social Européen asbl • Belgium
UNIGE • Université de Genève • Switzerland
RSU • Rigas Stradina Universitate • Latvia
Beweging vzw • Belgium
EAPN Portugal • Rede Europeia Anti Pobreza Portugal Associacao • Portugal
Fundatia TON • Fundatia the Open Network for Community Development • Romania
The Poverty Alliance • United Kingdom
CNCA • Coordinamento Nazionale Comunita di Accoglienza Associazione • Italy